Arbeiter-Theater-Festival in Dortmund Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 8 vom 24. Februar 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Polizeikontrollen, Razzien, Hausdurchsuchungen

Bonn beschliesst Polizeistaatgesetze

16. Februar 1978. Der Bundestag ist an diesem Tag bewacht wie nie zuvor. Bundesgrenzschutz, Polizisten mit Schützenpanzer, die „Helden von Mogadischu". Dazu Sicherheitsbeamte in zivil, an der Schulter die Maschinenpistole. Sie spielen Leibwächter für die Herren „Volksvertreter". Zuschauer, die nur mal von der Tribüne das parlamentarische Schauspiel ansehen wollen, kommen nicht hinein. 14 Tage vorher anmelden. Die Papiere einreichen. Wer die Überprüfung durchstanden hat, wird auf dem Weg in die „Volksvertretung" noch einmal durchsucht. Nach Waffen abgetastet. Ein Bild — ja, wie im Kriegszustand.

An diesem Tag konnte man die Parlamentarier auch im Radio verfolgen: Ein Austausch von Schlagworten. „Kampf gegen Terror, Sicherheit der Bundesrepublik" usw. Langatmige juristische Verdrehungen. Ein wenig aufgeheizte Stimmung: Reichen die Stimmen für die Regierung? Nur — was dort wirklich gegen die Werktätigen beschlossen wurde, dazu kein wahres Wort.

Das neue Razziengesetz: Die Polizei kann jederzeit Hausdurchsuchungen machen, Wohnungen durchkämmen. Das Gesetz über Kontrollstellen: Die Polizei kann auf allen Straßen bewaffnet aufmarschieren, Personalausweis verlangen und durchsuchen. Hat man keinen Ausweis dabei, kann sie jeden Werktätigen bis zu zwölf Stunden in Haft nehmen. Dazu: Legalisierung der Trennscheibe bei Gesprächen zwischen Verteidigern und politischen Gefangenen. Gesetze, die die Verteidigung in politischen Prozessen noch weiter erschweren.

Diese Gesetze sollen also den Zustand legalisieren, den viele mit wachsender Wut im Bauch während der Schleyer-Entführung erlebt haben: Straßensperren, Polizisten mit Maschinenpistole an den Ecken, Hausdurchsuchungen. Damals werden manche gedacht haben, das machen die jetzt für ein paar Wochen, um sich stark zu zeigen, bald wird alles vorbei sein. Nein, es soll jetzt erst richtig losgehen! Und die Bonner Parteien meinen bei ihrem gesetzlichen Freibrief für Razzien, Kontrollen, Durchsuchungen und Festnahmen keineswegs die Handvoll RAF-Mitglieder, sondern vor allem uns, die Werktätigen.

Die Bonner Politiker lügen einfach, wenn sie behaupten, dieser Terror diene nur der Fahndung nach RAF-Mitgliedern. Wie war es denn während der Schleyer-Entführung? Z. B. in Westberlin. 220.000 Personen und 40.000 Autos wurden hier bis Ende November kontrolliert, 243 Personen vorübergehend festgenommen. „Dabei geht niemand in Berlin oder beim Bundeskriminalamt davon aus, daß sich einer der an der Schleyer-Entführung Beteiligten in Berlin aufhält", heißt es im „Tagesspiegel".



Hausdurchsuchung bei Polizei-Razzia.

Was suchte denn dann die Polizei bei den 220.000? Es läßt sich eben schlecht verbergen, daß hier eine großangelegte Bürgerkriegsübung der Polizei durchgeführt wurde, in deren Verlauf wie es hieß „jeder Bundesbürger mindestens einmal überprüft werden soll".

Der Terror der Polizei war auch entsprechend. Da tönte in Westberlin aus einem Kirchengemeindehaus, in dem sich eine Kindergruppe aufhielt, der Satz: „Haltet zu den Mördern". Darauf erfolgte ein Einsatz von schwer bewaffneten Beamten. Der Satz stammte aus der Rundfunkübertragung einer Bundestagsdebatte. Oder am 15. 12. '77 im Café Möhring. Angeblich sitzen dort Terroristen. Aus drei Funkwagen stürmen Beamte mit gezogenen Waffen in das Lokal, um die fünf festzunehmen. Man stelle sich einen Schußwechsel in den Räumen vor. Nachher heißt es dann: ein „Irrtum". Nur, wie viel wurden schon durch einen „Irrtum" von Polizeikugeln ermordet!

Oder ein Fall aus Stuttgart: Auf dem Gelände der Zuffenhausener US-Grenadierkaserne laufen etwa 100 Rollschuhläufer aus der Stuttgarter Bevölkerung. Es ist friedlich. Plötzlich Polizeieinsatz. Alle 100 Rollschuhläufer werden an die Wand gestellt wie Verbrecher und mit Maschinenpistolen im Anschlag untersucht. Jemand will drei „Terroristinnen" unter den Rollschuhläufern gesehen haben. Das schwerbewaffnete Rollkommando findet nur drei normale Mädchen aus Stuttgart.

Fortsetzung auf Seite 7

4-Prozent-Lohnraubabschluß bei Stahl

"Das ist Verrat!"

Am Freitag abend vor den Toren des Dortmunder Hoesch-Konzerns. Die ersten Kollegen der Nachtschicht treffen ein, begrüßen sich. Ein Wort ist in aller Munde: vier Prozent. Stunden zuvor ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen bekannt geworden. Den Stahlarbeitern soll von Kapitalisten und IGM-Apparat ein Lohnraubabschluß von vier Prozent aufgezwungen werden. „Das ist Verrat", sagen viele Kollegen. In den Abteilungen gehen die Diskussionen weiter. Die Stahlarbeiter sind empört. Urabstimmung und Streik für die volle Durchsetzung der geforderten sieben Prozent — das ist ihre Forderung gewesen. Und jetzt haben die IGM-Bonzen kaltschnäuzig und in aller Schnelle diesen Abschluß durchgezogen.

Was die Kollegen besonders empört: Dieselben Bonzen haben ihnen Beitragserhöhungen von 30 Prozent angekündigt. Viele Stahlarbeiter hatten von vornherein kein Vertrauen in den IGM-Apparat. „Da ist genau das rausgekommen, was seit Monaten klar war", sagen sie. „Eine annehmbare Erhöhung" — so will IGM-Verhandlungsleiter Herb den Schandabschluß verkaufen. Annehmbar für wen denn? Für die Stahlwerker vielleicht, die jetzt gerade 40 Mark netto mehr in der Tasche haben werden? 40 Mark — welch ein Hohn angesichts der Preissteigerungen an allen Ecken und Enden.

Annehmbar ist dieser Abschluß allein für die Stahlkapitalisten. Und es ist der IGM-Apparat, der ihnen diesen Abschluß auf dem silbernen Tablett serviert hat. Da mögen die

Fortsetzung auf Seite 4

Der Agrarbericht verschleiert das brutale Bauernlegen

In der letzten Woche veröffentlichte die Bonner Regierung ihren Agrarbericht. Dieser Bericht macht keinen Unterschied zwischen den kleinen und mittleren Bauern auf der einen Seite und den Großagrariern und Agrarkapitalisten auf der anderen Seite. Er spricht nur von „der Landwirtschaft". Mit diesem Trick verschleiert man, daß in der Landwirtschaft eine mörderische Ausplünderung der kleinen Betriebe durch eine Handvoll Monopole stattfindet, die allein in einem Jahr 27.100 landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin — sprich: den Rachen der Monopole — getrieben hat.

Der Agrarbericht bezieht sich auf das Wirtschaftsjahr 76/77, das durch einen Dürre-Einbruch gekennzeichnet ist und das Reineinkommen der gesamten Landwirtschaft um 13,8 Prozent sinken ließ. Wenn es nach Ertl geht, hat die Dürre die Bauern ruiniert. In Wirklichkeit hat die Regierung die Dürre ausgenutzt, um durch ihre Politik die Differenzierung in der Landwirtschaft und die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern voranzutreiben. Nehmen wir einmal die allen bekannte Kartoffel-Misere. Laut Statistik ist die Erntemenge im Wirtschaftsjahr 75/76 im

Fortsetzung auf Seite 2

Zypern

Überfall ägyptischer Truppen

Den Flughafen von Nikosia auf Zypern überfielen am Sonntagabend Truppen des ägyptischen Regimes. Wie berichtet wird, schossen sie dabei wild um sich. Bei Gefechten, die sich mit zypriotischen Einheiten entwickelten, wurde eine Anzahl der ägyptischen Soldaten getötet. Das Sadat-Regime versuchte den Überfall mit der Befreiung von Geiseln in einem gekaperten Flugzeug zu rechtfertigen. Offenbar wollte Sadat das verbrecherische Kommando-Unternehmen der israelischen Zionisten von Entebbe kopieren: Seine Truppen landeten ohne Wissen der zypriotischen Behörden in Nikosia. Vor dem Überfall hatte das ägyptische Regime in Kairo anti-palästinensische Demonstrationen organisiert.

Nach den Oktoberereignissen in der DDR

Mehrjährige Gefängnisstrafen gegen Jugendliche

Vor kurzem fanden in mehreren Berliner Stadtbezirken „Gerichtsprozesse" statt, bei denen Jugendliche mehrjährige Freiheitsstrafen erhielten. Begründung: Sie hätten am 7. Oktober 1977 eine „drohende Haltung gegen die Staatsgewalt" gezeigt.

Was war am 7. Oktober 1977 in Berlin geschehen? Dazu heißt es in einem Flugblatt der KPD/ML, Sektion DDR, das zwei Tage nach den Ereignissen verteilt wurde: „Am 7. Oktober hatte der Honecker-Staat wieder

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

Dollar-Geheimkonferenz

Überraschend trafen sich am vorletzten Wochenende die Finanzminister der stärksten kapitalistischen Staaten des Westens zu einer Geheimkonferenz „irgendwo in Frankreich", wie es hieß. Anschließend reiste der US-Finanzminister Blumenthal nach Bonn, um dort die Gespräche fortzusetzen. Über die Ergebnisse ihrer Konferenz bewahrten die Herren Stillschweigen. Sie betonten allerdings, es habe zwischen ihnen herzliches Einvernehmen geherrscht. Tatsächlich jedoch hatte man sich nicht getroffen, um freundlich miteinander zu plauschen. Es ging um den Kurssturz des amerikanischen Dollar, und es waren die US-Imperialisten, die diese Geheimkonferenz einberufen hatten.

Sie versuchten, Bonn massiv unter Druck zu setzen. Washington forderte von Bonn verstärkte Investitionen, weil es sich davon eine größere Nachfrage nach US-Produkten auf dem westdeutschen Markt verspricht. Damit wollen die US-Imperialisten ihre negative Handelsbilanz entlasten und den Druck auf den Dollar mindern.

Die westdeutschen Imperialisten jedoch dachten nicht daran, dieser Forderung nachzugeben. Es gibt eben zwischen den imperialistischen Staaten kein herzliches Einvernehmen. Es ist die nackte Konkurrenz, die zwischen ihnen herrscht, wobei jeder versucht, seine Position auf Kosten des anderen zu stärken. Zahlen jedoch müssen für die Konkurrenz und die Handelskriege zwischen den Imperialisten letztlich die Werktätigen in allen Ländern, denen die Lasten der Krise aufgebürdet werden.

Söldner für Somalia

Einem schmutzigen Handwerk geht in Hamburg ein gewisser Manfred du Mont nach: er heuert Söldner für Somalia an. Und das kann er in aller Offenheit tun, obwohl nach den Gesetzen des Bonner Staates das Werben von Söldnern verboten ist. Aber schließlich greift Bonn schon seit längerem mit Krediten und Waffenlieferungen auf der Seite Somalias in den Krieg am Horn von Afrika ein. Und die Söldner des Herrn du Mont werden es sicher verstehen, mit diesen Waffen umzugehen.

Nicht nur in der Ogaden-Steppe, auch in anderen Kampfgebieten Afrikas standen und stehen westdeutsche Söldner, zumeist ehemalige Soldaten der Bundeswehr. So z. B. der Oberleutnant Kaufeld, der im Sold der rhodesischen Rassisten den Ausrottungskrieg gegen das Volk von Simbabwe organisiert. Gelernt hat er sein blutiges Handwerk beim Panzer-Bataillon 144 in Koblenz. Die Werbung von Rhodesien-Söldnern betreibt in der Bundesrepublik u. a. der berüchtigte Faschist Hoffmann. Und das nicht nur mit der stillschweigenden Duldung, sondern der aktiven Unterstützung Bonns. Als im letzten Jahr Antifaschisten eine seiner Werbe-Veranstaltungen verhindern wollten, bekam Hoffmann sofort Polizeischutz.

Die ungehinderte Tätigkeit der Söldnerwerber zeigt ebenso wie die Waffenlieferungen Bonns an reaktionäre Regime in Afrika, daß die westdeutschen Imperialisten ihre Raubinteressen in diesem Kontinent auch mit militärischen Mitteln verteidigen.

Das Dilemma der Junioren

Die Bundeskongresse der Judos (Jugendorganisation der FDP) und der Jusos (Jugendorganisation der SPD) in der letzten Woche boten ein Bild wachsender Widersprüche zu den beiden Parteien FDP und SPD. Die Jusos wählten erneut nicht den der SPD genehmen Vorstandskandidaten, sondern den der „linken" Fraktionen. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnik erntete Pfiffe. Die Judos forderten den Rücktritt Maihofers und waren insgesamt um Distanz zur FDP bemüht.

Diese wachsenden Widersprüche zwischen den Parteien und ihren Juniorenorganisationen können nicht verwundern. Judos und Jusos sind in der Zwickmühle. Einerseits sollen sie für ihre Parteien Einfluß und Wählerstimmen unter der Jugend sichern und die Jugendlichen für den bürgerlichen Parlamentarismus gewinnen. Andererseits müssen sie der wachsenden Radikalisierung unter der Jugend Rechnung tragen, die zunehmende Empörung über Jugendarbeitslosigkeit und verschärfte politische Unterdrückung wenigstens scheinbar aufgreifen. Das wiederum ist unmöglich, ohne SPD und FDP anzugreifen, die ja als Regierungsparteien in Bonn diese Politik im Auftrag der Monopole durchsetzen.

Das Ergebnis dieses grundlegenden Dilemmas ist eine Hü-und-Hott-Politik, die jeden wirklich fortschrittlichen Anhänger dieser Organisationen nur abstoßen kann. Da wird einerseits auf den Putz gehauen, an harten Worten gegenüber Parteibonzen und Regierungsmaßnahmen nicht gespart — und andererseits unter der Parole „Wir dürfen den Lambsdorff nicht das Feld überlassen" zur verstärkten Unterstützung der FDP aufgerufen bzw. neu ins Juso-Aktionsprogramm hineingeschrieben, daß die Mitgliedschaft in der SPD für die Jusos eine „prinzipielle Entscheidung" sei und sie nur einen solchen „Sozialismus" bejahen könnten, bei dem die SPD eine tragende Rolle spielt! Hier zeigt sich, daß diese Organisationen allen radikalen Sprüchen zum Trotz sind, was sie immer waren — verlängerte Arme ihrer Parteien, Feinde der Jugend.

Der Agrarbericht verschleiert das brutale Bauernlegen

Fortsetzung von Seite 1

Vergleich zum Vorjahr um nur 9,3 Prozent gesunken, die Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum aber um 98,5 Prozent gestiegen. Wenn man danach fragt, was der Bauer von diesen immensen Preissteigerungen zu sehen bekommt, so sucht man im Agrarbericht vergebens. Die Erzeugerpreise für Kartoffeln — fehlen! Es sind überhaupt alle Angaben bewußt weggelassen, die mit der Differenzierung innerhalb der Landwirtschaft zu tun haben und die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern beweisen könnten. Im Falle der Kartoffelpreise allerdings gibt der Deutsche Bauernverband Auskunft. Demnach ist der Erzeugerpreis im November 76 um 6,8 Pfennig pro Kilogramm teurer gewesen als im Vorjahr, der Verbraucherpreis jedoch um 35,6 Pfennig! Man sieht: Der Nutznießer der „Dürre" ist der Zwischenhandel — sprich: die Genossenschaften und Handelsmonopole, die durch ihre hohen Handelsspannen ihre Bereicherung auf Kosten der Kleinbauern sowie der Verbraucher betreiben.

Dieser Ausplünderung dienen auch die Beschlüsse, die die Bonner Regierung im Auftrage der Agrarkapitalisten bei der EWG durchsetzt. So mußten z. B. die Bauern erleben, wie im Herbst 1976 von den Vertretern der Handelsmonopole in aller Eile die Getreideernte aufgekauft wurde. Mit gutem Grund, im Oktober nämlich erhöhte die EWG die Getreidepreise! Während die Kleinbauern in die Röhre guckten, sind die Großagrarier flexibel genug, um mit dem Verkauf ihres Getreides zu warten, bis bessere Zeiten kommen. Fast in jedem Dorf ist es so, daß gerade die zwei bis drei Großbauern in den Vorständen der „Genossenschaften" sitzen und aufgrund ihrer Stellung und ihres Überblicks die Umverteilung der landwirtschaftlichen Erlöse beeinflussen und davon profitieren. Auf der anderen Seite werden den kleinen Bauern ständig steigende Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Maschinen, Dünger usw. von den Monopolen abverlangt, wobei sich die Genossenschaften auch noch bereichern.

„Subventionen für die Landwirtschaft" — dieses geflügelte Wort mußte schon immer dafür herhalten, hohe Geschenke aus den Steuergeldern an die Bauern vorzuspiegeln und Arbeiter und Bauern gegeneinander auszuspielen. Auch gegen die Folgen der Dürre gab es Subventionen. Will man aber wissen, wie diese Mittel auf die Betriebe verschiedener Größe aufgeteilt wurden, so schweigt sich der Agrarbericht darüber aus. Es existieren aber die Zahlen für das Land Hessen, die typisch für das ganze Bundesgebiet sein dürften. Danach erhielten von 46.386 Betrieben mit unter zehn Hektar Land genau 50 (0,08 Prozent) Dürre-Hilfe, während von den 936 Betrieben mit über 50 Hektar Land 417 Betrieben (44,5 Prozent) geholfen wurde. Wenn man jetzt noch bedenkt, daß die Hilfe um so größer ist, je größer der Betrieb ist, dann sieht man, daß der Löwenanteil der Subventionen den Großagrariern zugute kommt. Man braucht sich nicht zu wundern, daß Constantin Freiherr von Heeremann, Bauernverbandspräsident, ein eifriger Forderer von Subventionen ist, er besitzt ein Gut mit über 200 Hektar Land.

Die verheerenden Auswirkungen einer solchen Politik kann auch der Agrarbericht der Regierung nicht vertuschen: 73,7 Prozent aller Vollerwerbsbetriebe haben ein Standardbetriebseinkommen von durchschnittlich 11.200 DM im Jahr. Zuwenig zum Leben, zuviel zum Sterben! Die Zahl der Zuerwerbsbetriebe ist innerhalb von zehn Jahren um 62,6 Prozent gesunken, d. h., entweder zu Nebenerwerbsbetrieben geworden oder vernichtet. Die Rentabilitätsgrenze, unter der die Bauernhöfe nicht mehr existieren können, ist ständig im Steigen begriffen. So hat die Ruinierung der Bauern 1977 erstmals die Betriebe mit 20 bis 25 Hektar Land erfaßt: 400 Höfe dieser Größe verschwanden. Diese Entwicklung führt zur Konzentration des Besitzes bei einigen Großagrariern. Wird z. B. von ruinierten Kleinbauern Land verpachtet zu z. B. 600 DM pro Hektar, was andere kleinere Betriebe vielleicht gerade noch bezahlen können, so werden sie von den Großbauern überboten.

So sehen die kapitalistischen Verhältnisse auf dem Lande aus, die Hunderttausende von Bauern in den Ruin treiben, die aber vorher noch — oftmals schlimmer noch als die Industriearbeiter — bis aufs Blut ausgeraubt werden. Von alledem schweigt der Agrarbericht.

Wenn jetzt auf der Grundlage der üblichen Hetze gegen die Bauern die Regierung einen Angriff auf das bisherige Besteuerungsverfahren der Landwirtschaft vorträgt, bedeutet das auf jeden Fall eine Verschlechterung der kleinen und mittleren Betriebe. So ist es auch kein Wunder, wenn die bürgerliche Presse schreibt: „Zwar ziert sich der ... Chefernährer der Nation, Josef Ertl, noch ein wenig. Doch gegen das ... veröffentlichte Gutachten zur Einkommensbesteuerung der Landwirte ... fallen offensichtlich auch dem Hause Ertl keine Argumente mehr ein" („Handelsblatt" vom 17. 2. 78). Wer wollte es ihm verdenken!

Die werktätigen Bauern aber schließen sich zunehmend im Kampf gegen die bauernfeindlichen Maßnahmen der Regierung zusammen. In diesem Kampf wächst die Einsicht, daß der gemeinsame Feind der Kapitalismus ist, der von den Bauern — an der Seite des Proletariats — zerschlagen werden muß, um allen Werktätigen auf dem Land eine sichere Zukunft zu gewährleisten.

Kurz berichtet

BOCHUM

Am 2. 7. 77 hatte ein Polizist den Bochumer Fuhrunternehmer Schlichting erschossen — aus drei Meter Entfernung, mit gestrecktem Arm. Jetzt fand der Prozeß gegen den betreffenden Polizisten statt. Das Urteil: 2.000 DM Geldstrafe! Die Partei in Bochum verteilte zum Ausgang des Prozesses ein Flugblatt, in dem sie zum Kampf gegen den Polizeiterror und die Klassenjustiz aufrief.



Gustav Schlichting, am 10. 2. 77 von der Polizei erschossen.

VERANSTALTUNGEN ZUM 80. JAHRESTAG VON BERTOLT BRECHT

Am 10. 2. 78 wäre Bertolt Brecht 80 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß fanden in verschiedenen Städten Veranstaltungen der Partei statt, auf denen Leben und Schaffen dieses großen revolutionären Künstlers gewürdigt und den Teilnehmern kleine Kostproben aus seinem Werk vorgestellt wurden. Die Genossen in Augsburg warben für ihre Veranstaltung unter anderem mit einem Flugblatt, das sie an die Besucher einer Vorstellung von Brechts „Die Tage der Commune" verteilten. Die Westberliner Genossen berichten, daß auf ihrer Brecht-Veranstaltung eine Reihe Menschen waren, die aus Interesse am Werk Bert Brechts zum erstenmal eine Parteiveranstaltung besuchten. Auf der Westberliner Veranstaltung wurde unter anderem der Film „Helene Weigel" mit Ausschnitten aus verschiedenen Brecht-Stücken gezeigt.



Auch die Hamburger Genossen luden am 10. 2. zu einer Brecht-Veranstaltung ein.

Offen gesagt ...

Nazis in Polizeiuniform

Das jüdische Mädchen Ines war erst zwei Jahre alt. SS-Obersturmbannführer Müller ließ sie im Januar 1944 ins Konzentrationslager Drancy (Frankreich) abtransportieren. Amtliche Begründung: „Reichsfeindliche Betätigung". Mehr als 80.000 französische Juden kamen so nach Drancy. Wöchentlich dreimal gingen hier die Züge nach Auschwitz ab. In die Gaskammern. In den amtlichen Dokumenten immer wieder die Unterschrift: SS-Obersturmbannführer Müller. Die französischen Behörden verurteilten diese Bestie im Juni 1953 zum Tode. Allerdings hatten sie Müller nicht gefaßt. Das Urteil wurde in Abwesenheit gefällt.

Und wo war dieser Massenmörder? Der Pariser Rechtsanwalt Klarsfeld fand ihn. Bis zum Chef der Landeskriminalpolizei in Celle hatte dieser Faschist es gebracht. Nun ist er in Pension.

Rechtsanwalt Klarsfeld übergab im Januar d. J. seine Dokumente und Erkenntnisse den zuständigen Behörden in Niedersachsen. Die Antworten sind bezeichnend. Das Innenministerium: „Wir hören erst jetzt davon. Aber über die Dienstausübung des Kriminalhauptkommissar Müller ist nichts Nachteiliges bekannt." Das Landeskriminalpolizeiamt weiß zu berichten, gegen Müller habe es schon vor zehn Jahren Ermittlungen gegeben. Und die Staatsanwaltschaft in Köln, die offiziell mit Nazi-Verbrechern in Frankreich zu tun hat: „Wir kennen die Dokumente. Wir haben Müller sogar schon vor anderthalb Jahren einmal eingeladen."

So sieht also die angebliche Verfolgung von Nazi-Verbrechen in diesem Staat aus! Die Faschisten decken sich gegenseitig. Ja, sie sitzen in höchsten Ämtern. Würdige Verteidiger der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Sehen wir uns nur allein den faschistischen Sumpf in der erwähnten Kleinstadt Celle an. Müller, Chef der Landeskriminalpolizei. Der frühere Ortsgruppenleiter der NSDAP, Herbert Behrens, heute Präsident der Rechtsanwaltskammer. Heinrich Illers, SS-Hauptsturmführer und Chef der Gestapo in Paris brachte es zum Senatspräsidenten des Landessozialgerichts in Celle.

Celle ist kein Einzelfall. Die Faschisten haben nach dem Krieg fast alle wieder ihre Posten im Staatsapparat gefunden. Spätestens 1951 wurden aufgrund des 131er Gesetzes alle Polizisten, die bei Gestapo und Waffen-SS waren, wieder eingestellt. So mußten nach diesem Gesetz alle Gemeinden über 3.000 Einwohner mindestens 20 Prozent aller Beamtenstellen mit alten Nazi-Beamten aller Kategorien besetzen. Bis zum 31. März '56 wurden so 181.202 faschistische Beamte wieder eingestellt.

In welchem Umfang diese Einsetzung von Nazis betrieben wurde, zeigt schon die Tatsache, daß allein bei der Kölner Kriminalpolizei in den 60er Jahren der Chef, sein Stellvertreter und vier Gruppenleiter in der Nazizeit den Rang von SS-Sturmbannführern hatten. Der Übergang ist also nahtlos. Der Geist von Auschwitz und Maidanek lebt in der heutigen Polizei weiter. Diese Nazis in Uniform sind ein lebendiger Beweis dafür, daß die Hauptgefahr für ein neues '33 nicht von der Handvoll NPD-ler ausgeht, sondern von eben diesem Staatsapparat.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Zum neuen Arbeitsgesetz in der DDR:

"Das ist ein Polizeigesetz !"

Am 1. Januar 1978 trat in der DDR das neue Arbeitsgesetzbuch in Kraft. Hatte das alte — 1962 als Mittel zur Wiedererrichtung des Kapitalismus eingeführt — 156 Paragraphen, bringt es das neue auf 305. „Wer soll sich in diesem Irrgarten zurechtfinden?", fragten Kollegen in der Elektrokohle Berlin-Lichtenberg und auch in einem Kleiderwerk im Norden der DDR empört.

Das Ganze hat jedoch System. Es soll dem Arbeiter unübersichtlich bleiben, während die Parasiten in der Gewerkschaftsbürokratie und in den Dunkelkammern der Kaderabteilungen munter im Paragraphenmeer schwimmen und das Gesetz gegen die Arbeiter anwenden. Wie kann man in der kapitalistischen DDR auch ein Recht für Arbeiter erwarten?

Das neue Arbeitsgesetzbuch verschleiert die Wirklichkeit. Es palavert viel über „ungeteilte Herrschaft sozialistischer Produktionsverhältnisse", „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes", „Initiative und Schöpferkraft" und ähnliche Schlagworte der SED, mit denen man die Werktätigen täglich füttert. Und es ist kein Witz: In keinem der 305 Paragraphen wird die sozialfaschistische SED auch nur mit einem Sterbenswörtchen erwähnt, obwohl sie in den Betrieben herrscht, die Arbeiter teils brutal unterdrückt, teils honigsüß umwirbt und auf jeden Fall bespitzelt.

Um so mehr ist die Rede von den Gewerkschaften des FDGB, der neuen Arbeitsfront. „Wer die gewerkschaftliche Tätigkeit behindert, wird zur Verantwortung gezogen", heißt es im §6. Aber was sind das für Gewerkschaften? Sie werden durch „Genossen" und „Kollegen" Harry Tisch kommandiert, der in „Volvograd" (so nennen die klassenbewußten Arbeiter das Prominentenparadies Wandlitz) wohnt, herrschaftliche Jagden veranstaltet, mehrere Datschen mit dienstbaren Geistern besitzt und ein Ausbeuter ist und bleibt — auch wenn er in Rostock Platt snakt und sich, von Bullen des Stasi umgeben, mal in einer Arbeiterkneipe sehen läßt.

Das Programm der KPD/ML nennt den FDGB beim Namen: eine Agentur der Bourgeoisie. „Der FDGB-Apparat ist vollständig mit dem staatsmonopolistischen System verschmolzen, seine Führung gehört zur Monopolbourgeoisie. Der FDGB stützt sich hauptsächlich auf die Arbeiteraristokratie. Er wird vollständig von der SED beherrscht. Seinem Wesen nach ist der FDGB heute eine faschistische Arbeitsfront, durch die die Arbeiterklasse zur bedingungslosen Unterwerfung unter das Kapital gezwungen werden soll."

Wer hinter die Kulissen zu sehen gelernt hat, weiß, was mit den Worten des Gesetzes gemeint ist: „Die Gewerkschaften tragen als Interessenvertreter der Werktätigen eine große Verantwortung für die allseitige Stärkung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und die stabile Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft": Der FDGB ist eine Säule im System des Sozialfaschismus, und seine Aufgabe besteht in der Gewährleistung einer stabilen Entwicklung der Profite.

Dazu nehmen die Gewerkschaften „an der Vorbereitung der Fünfjahrespläne und der jährlichen Volkswirtschaftspläne teil" und „fördern die Initiativen der Werktätigen zur gezielten Überbietung der staatlichen Aufgaben" (§7). Auch an anderen Stellen wird „Erreichung und gezielte Überbietung" der staatlichen Pläne zur Pflicht gemacht (§§32, 33) — zur Pflicht derer, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft tagaus, tagein zu verkaufen.

Das Kapitel 2 trägt die Überschrift „Leitung des Betriebes und Mitwirkung der Werktätigen". Nirgends ist da zu finden, daß die Arbeiter wie in Albanien einen Betriebsleiter absetzen können, obwohl sie angeblich die herrschende Klasse sind. Im §18 ist scheinheilig vom „Mitbestimmungsrecht" die Rede. Das entlarvt. Denn wären die Arbeiter die Herren, würden sie **bestimmen** und nicht „**mit**bestimmen". Im §22 heißt es, „die Betriebsgewerkschaftsorganisationen und ihre Organe vertreten die Interessen der Werktätigen im Betrieb". Nicht die Arbeiter haben das Recht auf „Mitbestimmung", sondern Arbeiteraristokraten und Funktionäre, die längst das Arbeiten verlernt haben. Böcke werden Gärtner. Sie zertreten genauso die Interessen der Arbeiter wie die DGB-Bonzen in den Aufsichtsräten bundesdeutscher Konzerne.

In der kapitalistischen DDR ist sogar Kinderarbeit legal geworden. Im alten Arbeitsgesetz stand noch im §138: „In der DDR ist Kinderarbeit ausgeschlossen, da sie den Grundprinzipien der sozialistischen Gesellschaft widerspricht." Jetzt können mit Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, „zur Ausübung einer freiwilligen, produktiven Tätigkeit während eines Teils der Ferien Arbeitsrechtsverhältnisse" eingegangen werden (§39). Und da regen sich die SED-Gazetten darüber auf, daß es Kinderarbeit gibt — in Italien oder Chile... Marx und Engels, die die Kinderarbeit in England anprangerten, wären außer sich!

Damit jeder Betrieb zu einer Arbeitskaserne der SED wird, ist der Arbeiter jetzt direkt gesetzlich **„verpflichtet,...** die Arbeitsnormen und anderen Kennzahlen der Arbeitsleistung zu erfüllen" (§80) und „Weisungen mit Umsicht und Initiative auszu**führen" (§83).** Der Direktor als Herr im Hause, der „die Ziele des Wettbewerbs vorzugeben" hat (§35), ist jetzt sogar berechtigt, den Lohn teilweise oder ganz einzubehalten, wenn er „die schuldhafte Verursachung von Ausschuß oder Qualitätsminderung durch den Werktätigen" nachweisen kann (§109)! §260 schreibt direkt vor: „Der Werktätige ist dem Betrieb zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn er durch Verletzung seiner Arbeitspflichten schuldhaft einen Schaden verursacht."

Daß die Praxis der „materiellen Stimulierung" ganz groß im Gesetz verankert ist (§§96, 103, 116-119), wundert den klassenbewußten Arbeiter nicht. Ist dies doch die Hauptmethode der SED zur Korrumpierung ihrer Arbeiteraristokratie.

Formal-bürgerliche Freiheiten wie Streikrecht sind natürlich in der sozialfaschistischen DDR im Arbeitsgesetzbuch nicht zu finden. Und wenn ein Kollege mal die Schnauze gründlich voll hat, wird er durch die „Konfliktkommission" fertiggemacht, die es in jedem Betrieb gibt und in der auf jeden Fall die gelbe SED die Mehrheit hat. Kaum glaublich ist, daß „der Staatsanwalt" befugt ist, „bei den Konfliktkommissionen" auf eigene Initiative und selbständig „Verfahren einzuleiten". Er kann „Einspruch bzw. Protest gegen Entscheidungen dieser Organe einlegen und in allen Verfahren mitwirken und Anträge stellen" (§304).

Arbeitsgesetz? Ein Polizeigesetz ist es! Daran ändern auch die Phrasen von „Mitbestimmung" und „sozialistischer Demokratie" keinen Pfifferling! Unser Programm, das Programm der KPD/ML, die durch ihre Sektion DDR auch zur Vorhut der Arbeiterklasse in der DDR geworden ist, nennt das Phrasen der SED, um „die Arbeiterklasse über den kapitalistischen Charakter der heutigen DDR zu täuschen und an das sozialfaschistische Regime zu ketten, um sie von der sozialistischen Revolution und der Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats abzuhalten".

Aber vergebens. Die Arbeiterklasse der DDR wird sich erheben. Dieses Arbeitsgesetzbuch wird von der sozialistischen Revolution zerfetzt werden.

Mehrjährige Gefängnisstrafen gegen Jugendliche

Fortsetzung von Seite 1

einmal Zirkus für die Jugendlichen organisiert. Aber ihre Veranstaltung verlief diesmal nicht nach Plan. Es


Lesen und weitergeben!

ROTER MORGEN

SED-Revisionisten auf Reisen: Dunkle Absichten, verbrecherische Ziele

Intershops

Die Westmark zur zweiten Währung gemacht

Ein antikommunistisches Manifest

Der „Rote Morgen", Ausgabe DDR

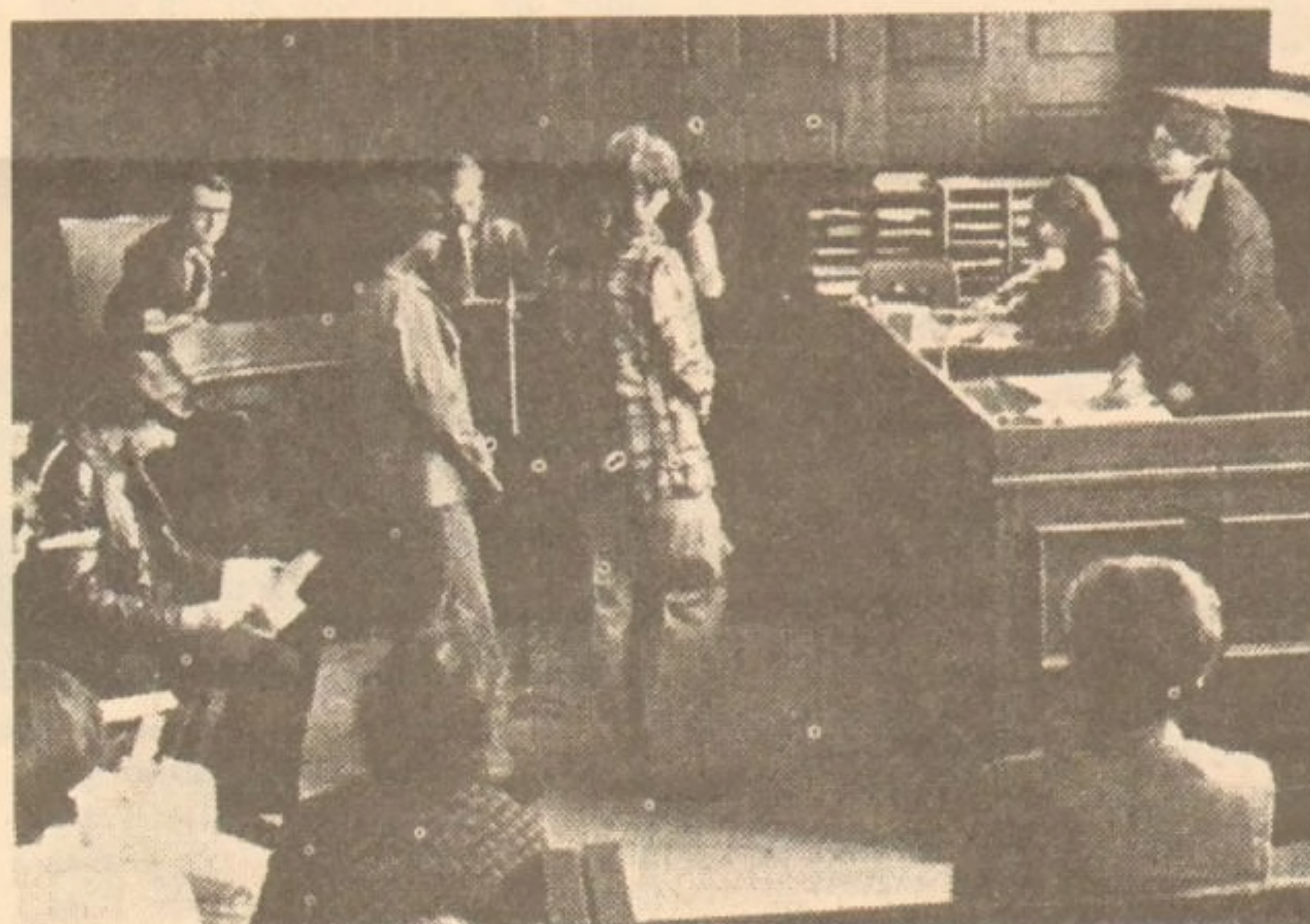
zeigte sich, daß sich die Jugend durch ein bißchen Tingel-tangel nicht kaufen läßt! Auf einer Tanzveranstaltung in der Nähe des Fernsehturms kam es zu einem Unfall. Mehrere Menschen erlitten schwere Verletzungen. Sofort kam ein großes Bullenaufgebot, die Unglücksstelle wurde abgeriegelt. Die anwesenden Jugendlichen wurden nicht informiert, stattdessen abgedrängt. Spontan kam es zu einer Prügelei zwischen Jugendlichen und Polizisten.

Es war, als wäre ein Funke in ein Pulverfaß gefallen: Polizeimützen wurden verbrannt, überall Rufe: „Nieder mit dem Bullenpack!", „Nieder mit dem Bullenstaat!". Steinwürfe hagelten über eine halbe Stunde auf eine Gaststätte am Fernsehturm, begleitet von zustimmenden Rufen und Pfeifen mehrerer hundert Jugendlicher.

Was sich hier entlud, war der berechtigte Haß der Jugendlichen auf einen sozialfaschistischen Polizeistaat, auf das ganze jugendfeindliche System der DDR. Warum jugendfeindlich? Hier nur einige Stichworte: Leistungsstreß und Maulkorb an der Schule und an den Unis. Lehrlinge werden als billige Arbeitskräfte genommen, keine Wohnungen, Drill und Schikane bei der Armee, viele Jugendliche kommen ins Gefängnis oder in den Jugendwerkhof, weil sie einmal ein „falsches" Wort gesagt haben.

Klar, daß viele Jugendliche da einen Haß auf dieses System haben, das sich obendrein als „sozialistisch" und „jugendfreundlich" ausgibt! Klar, daß sich ihr Haß irgendwann entlädt wie am 7. 10. auf dem Alex! Und berechtigt. Der Großeinsatz von Polizei und Stasi, der dann folgte, riß dem Honecker-Staat einmal mehr die Maske vom Gesicht. Brutale Schläge mit Gummiknüppeln auf die Köpfe von Jugendlichen, Einkesselung von Jugendlichen mit Hundekommandos, mehrere Jugendliche wurden von Stasibütteln geschlagen, reihenweise wurden Jugendliche festgenommen, Blitzfotos, um gegen sie ermitteln zu können usw. usf."

In den Tagen und Wochen nach den Oktoberereignissen entfaltete das Honecker-Regime einerseits eine üble Hetze gegen die Jugendlichen und versuchte andererseits, die Schärfe und das Ausmaß der Auseinandersetzungen herunterzuspielen. Mehrere Augenzeugen hatten berichtet, daß es bei den Zusammenstößen Tote gegeben hat. SED-Funktionäre in den Betrieben bekamen aber die Anweisung, dies konsequent abzustreiten. Während die Honecker-Presse log, daß einige wenige Jugendliche isoliert von der Masse randaliert hätten, war es in Wahrheit so, daß sich mehrere hundert Jugendliche geschlossen gegen die Polizei gestellt hatten. Selbstredend verloren Honeckers Schreiberlinge kein Wort über den Terror und die Brutalität, mit der Polizei und Stasi gegen die Jugendlichen vorgingen. Kein Wort auch über die Massenverhaftungen. Stattdessen wurde der Terror auf offener Straße fortgesetzt durch den Terror in der Untersuchungshaft. Verhaftete Jugendliche mußten stundenlang mit dem Gesicht zur Wand in Gefängnisfluren stehen. Wenn jemand zusammenbrach, wurde er mit Füßen bearbeitet. Vor kurzem nun wurden in mehreren Berliner Stadtbezirken Jugendliche, denen man lediglich eine „drohende Hal-


Vor einem Jugendstrafgericht in der DDR

tung gegen die Staatsgewalt" vorwerfen konnte, zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. — Was unterscheidet dies noch von Hitlers Terrorregime?

Als die Lüge vom ziellosen blinden Rowdytum, mit der die Bonzen und ihre Presse zunächst von den wahren Ursachen der spontanen Revolte der Jugendlichen auf dem Alexanderplatz ablenken wollten, selbst bei unteren SED-Funktionären auf Widersprüche stieß, wurde eine neue Platte aufgelegt. Wie bei ähnlichen Vorfällen üblich, versuchten sie nun, die Jugendlichen als „rückständig", „westlich beeinflußt" und sogar „faschistisch" abzustempeln. Das sind die gleichen Lügen, mit denen der polnische Regierungschef Gierek versuchte, die streikenden Arbeiter von Radom zu verleumden. Die Masse der werktätigen Jugendlichen in der DDR ist nicht gegen den Kommunismus. Wohl aber gegen den Sozialfaschismus in der DDR, den die Bonzen den Massen als „Sozialismus" verkaufen wollen. Die KPD/ML Sektion DDR sieht ihre Aufgabe darin, diesen Jugendlichen den Ausweg zu zeigen: den Kampf für einen wirklichen Sozialismus in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Streiflichter

16.000 Privatläden in Polen zugelassen

In Polen hat die Vermietung von 16.000 Privatläden begonnen. Grundlage dafür ist ein Erlaß des polnischen Ministeriums für Binnenhandel und Dienstleistungen. Dazu meldete die polnische Presseagentur am 23. 1. 78: „Die Bewerber sind meistens an Blumengeschäften und Gemüseläden interessiert. Nur einige von ihnen sind bereit, Lebensmittelläden zu übernehmen..." Ein Kommentar zu diesem unfreiwilligen Eingeständnis der katastrophalen Lage


Der Betrieb des polnischen Millonärs und Privatkapitalisten Bilkle. Seine Backwaren werden ins Ausland exportiert, während die polnischen Werktätigen vor den Lebensmittelgeschäften Schlange stehen müssen.

bei der Versorgung der Werktätigen mit Lebensmitteln erübrigt sich wohl. Übrigens haben die meisten der zukünftigen Ladenbesitzer ihre Hoffnung auf volle Regale beim Blumen- und Gemüsehandel darauf begründet, daß es „große Möglichkeiten gibt, die Läden mit Blumen, Obst und Gemüse auch aus privaten landwirtschaftlichen Betrieben zu beliefern".

Alle in einem Boot?

In 150 Unternehmen der CSSR sollen nach offiziellen tschechischen Angaben von 1978 bis 1980 die Löhne der Arbeiter von den Gewinnen der Betriebe abhängig gemacht werden. Diese Maßnahme soll nach Angaben des tschechoslowakischen Finanzministers Lev dazu dienen, die Produktion von Gütern hoher Qualität zu fördern und mangelhafte Arbeit zu bestrafen. Ein ähnliches System wird gleichzeitig in Rumänien eingeführt.

Natürlich geht es den Bonzen in Rumänien und in der Tschechoslowakei bei der Einführung dieser Maßnahmen nicht darum, die Löhne der Arbeiter zu verbessern. Hier soll im Gegenteil nach der uralten Kapitalistenparole „Wir sitzen alle in einem Boot" den Arbeitern ein „gemeinsames Interesse" von Arbeitern und Betriebsdirektoren, von Ausgebeuteten und Ausbeutern vorgegaukelt werden und gleichzeitig die Handhabe dazu geschaffen werden, die Lasten der kapitalistischen Krise, die auch die revisionistischen Länder ergriffen hat, noch mehr als bisher auf die Werktätigen abzuwälzen. Ihnen will man Lohnsenkungen verordnen, damit die neue Bourgeoisie auch in der Krise ihre Profite halten kann.

Rentner in der DDR

Jeder zweite Rentner in der DDR arbeitet nach Erreichen des Rentenalters weiter. Die meisten von ihnen acht Stunden täglich. Denn wer als Rentner halbtags arbeiten will, erhält von den Betriebsleitungen in der Regel eine Absage. Einziges Zugeständnis des „Arbeiter- und Bauernparadieses" an die Rentner: Sie haben — im Gegensatz zu den anderen Werktätigen in der DDR — das Recht, Überstunden zu verweigern. Das konnte man am 10. 2. 78 in der „Tribüne", der Zeitung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes", lesen. Dazu muß man wissen: Das Rentenalter in der DDR liegt genau wie in Westdeutschland bei 65 bzw. 60 Jahren. Die Durchschnittsrente für Männer beträgt insgesamt 358 Mark, diejenige für Frauen 268 Mark.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

SKF/Stuttgart: Erfolgreiche Aktion gegen Akkordhetze!

Am 15. 2. 78 wurde in der Wasserpumpenmontage bei SKF/Stuttgart bekannt, daß ab Donnerstag die Akkorde um über 10 Prozent erhöht werden sollen. Die Leistung von bisher acht Stunden soll künftig schon in sieben Stunden gebracht werden. Schon bisher waren die Akkorde für die ca. 30 Kolleginnen so scharf, daß sie in die Pausen arbeiten mußten, um zurechtzukommen. Viele klagen über Schmerzen durch die enorme Arbeitshetze.

Die Kolleginnen waren sich deshalb einig: Das Maß ist voll! Sie legten die Arbeit nieder und marschierten zum Betriebsratsbüro. Dort wurden sie aber schnell belehrt, daß sie in ihrem Kampf vom Betriebsrat keine Hilfe erwarten dürfen. Im Gegenteil! Der zuständige, freigestellte Betriebsrat Kaufmann: „Die Akkorderhöhung ist korrekt, daran ist nichts auszusetzen." Die Kolleginnen halten ihm vor: Wir haben geglaubt, daß die Gewerkschaft, der Betriebsrat uns unterstützt. Wir müssen aber feststellen, daß der Betriebsrat genau so redet, wie die Herren vom Büro.

Danach findet in der Abteilung eine Versammlung statt, zu der eine ganze Reihe von Vorgesetzten erscheinen, darunter auch Direktor Schray. Die Kolleginnen lassen sich davon aber nicht einschüchtern, sie bleiben hart: Schon die bisherigen Akkorde waren mehr als scharf. Mehr ist nicht drin. Die geplante Akkorderhöhung wird von uns nicht hingenommen! Durch diese einmütige, mutige und konsequente Haltung ist die Geschäftsleitung gezwungen, die geplante Akkorderhöhung vorläufig zurückzunehmen. Natürlich wird die Geschäftsleitung sich damit nicht zufriedengeben, wird sie einen neuen Anlauf nehmen, um zu ihrem Ziel zu kommen. So hat sie angekündigt, daß die Akkorde „überprüft" werden sollen. Aber wenn die Kolleginnen weiterhin so zusammenhalten, sich nicht einschüchtern lassen und notfalls auch zum Streik bereit sind, wird die Geschäftsleitung sich die Zähne ausbeißen.

Dies ist innerhalb von wenigen Wochen das zweite Mal, daß eine Abteilung sich erfolgreich gegen die Angriffe der Geschäftsleitung gewehrt hat. Vor einiger Zeit war es der Werkzeug- und Maschinenbau, wo 24 Kollegen versetzt werden sollten. Als auf einer Abteilungsversammlung die Kollegen deutlich machten, daß sie nicht bereit sind, diese Versetzungen hinzunehmen, mußte auch dort die Geschäftsleitung zurückstecken. Die Aktion der Kolleginnen der Wasserpumpenmontage ist ein Vorbild für die ganze SKF-Belegschaft. Sie zeigt, daß, wenn wir den Kampf in die eigenen Hände nehmen und konsequent führen, wir auch Erfolge erringen können.

Ein Genosse aus Stuttgart

Resolution bei Hoesch

Ich arbeite in einer ca. 20 Mann starken Abteilung im Maschinen-Erhaltungs-Bereich bei Hoesch. Als auch hier nach der 1,75-Prozent-Provokation der Kapitalisten die Gewerkschaft gezwungen war, einen Warnstreik durchzuführen, sollten wir wie der Großteil der Kollegen abseits gehalten werden.

Das gelang ihnen auch noch soweit, als wir nicht mitstreikten. Es ging ziemlich hoch her, zwar wollten alle streiken, aber die meisten warteten eben doch noch auf das Signal der Gewerkschaft und meinten, so eine kleine Abteilung könne schließlich nicht anfangen.

Um so größer war die Enttäuschung, als wir dann von Kollegen anderer Werksteile erfuhren, daß der Streik schon vorbei sei. Spätestens jetzt wurde klar, daß man uns verschaukelt hatte.

Da nutzte es dann nicht, einer verpaßten Gelegenheit nachzutrauern. Den Warnstreik konnten wir schlecht nachholen, stattdessen trommelten wir die Kollegen zusammen, um in Form einer Resolution unserer Empörung Ausdruck zu verleihen.

Darin begrüßten wir den Warnstreik gegen die 1,75-Prozent-Provokation, aber wir verurteilten auch gleichzeitig ganz klar, daß durch Falsch- bzw. Fehlinformation der Streik künstlich begrenzt wurde. Darüber hinaus forderten wir entschieden die sofortige Urabstimmung für Streik zur vollen Durchsetzung der bestehenden 7-Prozent-Forderung.

Alle 16 anwesenden Kollegen unterstützten diese Resolution, die wir dann als offenen Brief an die Große Tarifkommission adressierten. Wohlwissend, daß sich diese Herren einen Dreck darum scheren, hängten wir je einen Durchschlag an unser schwarzes Brett und an die Informationstafel des Haupttores. So haben sicher eine ganze Reihe von Kollegen anderer Abteilungen diese Resolution gelesen, obwohl der Werkschutz sie, wahrscheinlich auf einen Wink des nebenan sitzenden Betriebsrats, während der Mittagschicht herunternahm.

Rot Front,
ein Kollege von Hoesch

Forderung nach Festbetrag

Liebe Genossen!

Am 6. 2. fand bei uns in Lübeck die Mitgliederversammlung der ÖTV für den Krankenhausbereich anläßlich der diesjährigen Tarifrunde statt.

Der Geschäftsführer der ÖTV am Ort erklärte in einem Referat die 7,5-Prozent-Forderung der Gewerkschaft und gab sich große Mühe, dies mit Statistiken zu belegen. Aber der erste Wortbeitrag eines älteren Kollegen fegte alle Argumente mit einem Schlag vom Tisch.

200 DM Festbetrag für alle war die Forderung

„Seit 1949", erklärte der Kollege, „sage ich an dieser Stelle zu diesem Thema immer dasselbe. Damals unterschieden sich die Lohngruppen nur um Pfennige voneinander. Heute sind es Hunderte von Mark. Dafür gibt es keine gerechte Erklärung. Die Forderung der Mitglieder, die aktiv in der Gewerkschaft arbeiten, lauten jedes Jahr gleich, aber die Gewerkschaftsführung schert sich nicht darum. Ob diese Gewerkschaftsfunktionäre wohl an ihren eigenen Geldbeutel denken?" Trotz vieler Erklärungen der Gewerkschaftsfunktionäre blieben die Kollegen bei ihrer Forderung.

Besonders böse wurde ein Kollege, als er die Lohnrückstufung der Krankenpflegeschüler ansprach. Kein einfaches Mitglied der ÖTV hatte im letzten Jahr vorher davon erfahren. **Alle Kollegen forderten einstimmig die Rücknahme der Rückstufung.**

Auch der Januar wurde angesprochen. Es wurde gefordert, daß auch bei uns die Lohnerhöhung rückwirkend ab Januar gilt. Daß paßte dem Gewerkschaftsfunktionär wieder nicht, und er meinte, daß sich die ÖTV nun ein wenig zurückhalten müsse, nachdem die Sache mit den Hafenarbeitern passiert sei. Schließlich sei es unangenehm, immer ganz vorne zu stehen. **Darauf die Kollegen — die Hafenarbeiter haben das schon ganz gut gemacht, und vorne zu stehen, sei nicht peinlich, sondern darauf könne man stolz sein.**

Rot Front,
eine Genossin aus Lübeck

Neue Kurzstreiks der Metaller

Auch in der letzten Woche setzten die Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden ihre Kurzstreiks fort. 1750 Kollegen waren es am Montag in Ludwigshafen. Hunderte von ihnen setzten den Streik mit einer Demonstration durch die Stadt fort. Am Donnerstag legten 25.000 Metaller im gesamten Tarifbezirk die Arbeit nieder. Am darauffolgenden Tag waren es 4.000 in Schwäbisch-Gmünd und Geislingen.

Damit haben seit Beginn der Tarifverhandlungen über 100.000 Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden für eine Lohnerhöhung, gegen die provokativen Angebote der Kapitalisten gestreikt. Das bedeutet, daß beinahe jeder fünfte Kollege an solchen Kampfaktionen beteiligt war. Von den Tarifverhandlungen lag bei Redaktionsschluß noch kein neues Ergebnis vor. Nach wie vor beharren die Kapitalisten auf ihrem 3,5-Prozent-Angebot. Ähnlich sieht es in den anderen Tarifbezirken aus, wo entweder ergebnislos verhandelt wird oder — wie in Nordwürttemberg/Nordbaden — die Schlichtung durchgeführt wird.

Die Kapitalisten und ihre Minister in den Kanzleien der Landeshauptstädte haben ihre reaktionäre Propaganda für einen Lohnraubabschluß noch verstärkt. So erklärte der Stuttgarter Wirtschaftsminister Eberle unverhohlen: „Höchstens eine vier darf vor dem Komma stehen." Gegen solche Sprüche treten die IGM-Bonzen mit radikaler Demagogie auf. So tönte Loderer jetzt: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten." Die Metaller aber lassen sich mit solchen scheinradikalen Phrasen nicht für dumm verkaufen. Sie haben ja gerade selbst gesehen, daß der IGM-Apparat bei Stahl höchstpersönlich dafür gesorgt hat, daß die vier vor dem Komma und hinter dem Komma überhaupt nichts steht.

„Von der IGM ist ja doch nichts zu erwarten!", so zitiert die „Zündkerze", die Betriebszeitung der Partei bei Opel-Rüsselsheim, einen Kollegen, der die Meinung von vielen ausdrückte. So wie der IGM-Apparat bei Stahl die Interessen der Kollegen verriet und kaltblütig mit vier Prozent abschloß, so wird er jetzt bei Metall einem ähnlichen Ergebnis zusteuern. Für die Metaller gibt es nur eine Alternative: auf die eigenen Kräfte vertrauen und sich um das Kampfprogramm der RGO zusammenschließen. Dann wird dem Herrn Loderer der Sturm, den er jetzt demagogisch beschwört, ins eigene Gesicht blasen.

Kampf der Druckereiarbeiter

"Neue Taktik"? - Neuer Verrat!

Der zwischen der Gewerkschaftsführung und den Unternehmern gemeinsam ausgemauschelte Tarifvertrag in der Druckindustrie wurde Mahlein und Co. durch die machtvolle Antwort der Druckereiarbeiter aus der Hand geschlagen. Warnstreiks und angekündigte Massenaustritte zwangen die Bonzen, auf die Unterzeichnung des Schandvertrages zu verzichten. Dagegen hat die Führung der DAG den Vertrag inzwischen unterschrieben. Diese offen reaktionären Standesgewerkschaftsführer sind damit den Arbeitern und kleinen Angestellten direkt in den Rücken gefallen und haben die Kampffront skrupellos gespalten.

Aber auch wenn Mahlein, Hensche und Co. sich zunächst nicht die Finger mit ihrer Unterschrift verbrennen wollten — daran, daß auch sie den Kampf gegen den Rationalisierungsterror verraten und hinterhältig sabotieren, ändert sich nicht das geringste. Dient etwa die „neue Taktik", den einzelnen Kapitalisten Firmentarifverträge anzubieten, der Schwächung der Front der Unternehmer? Das ist nur Demagogie! Sie dient einzig und allein der Schwächung der Kampffront der Druckereiarbeiter. Gerade ein bundesweiter geschlossener Streik ist es, was die Kapitalisten echt fürchten. Nur mit einem solchen Streik könnten sie in die Knie gezwungen werden.

Im Vorwort ihres neuesten Tarifvertragsentwurfs schreiben die IG-Druck-Bonzen, ihr Vorbild sei die Betriebsvereinbarung, die im Stuttgarter Druckhaus schon einige Zeit besteht. Das ist allerdings entlarvend! Was glauben die Bonzen denn, warum gerade die Kollegen in diesem Betrieb mit am aktivsten in der Kampffront gegen den Rationalisierungsterror stehen, warum sie bereits zweimal gestreikt haben?

Sicher, der neue Entwurf ist in einigen Punkten etwas verbessert. Aber auch er verrät die wichtigsten Forderungen. Heißt es z. B. im abgeschmetterten Vertrag, an den Terminals seien *„vorrangig" „geeignete"* Setzer zu beschäftigen, so steht im neuen Entwurf, Setzer seien daran *„vorrangig"* zu beschäftigen, bei *„gleicher Eignung"* mehrerer Anwärter würden „soziale Gesichtspunkte entscheiden", wer auf die Straße fliegen soll. Wo ist denn da der Unterschied? Oder bezüglich der Einkommenssicherung heißt es vage, der „tarifliche Besitzstand" dürfe sich nicht verschlechtern. Der reale „Besitzstand" aber besteht doch aus den Effektivlöhnen, und von ihnen ist keine Rede.

Besonders unverschämt ist es, wenn Mahlein und Konsorten jetzt auch noch versuchen, den Kampf gegen die Rationalisierung gegen den jetzt anstehenden Kampf in der Lohntarifrunde auszuspielen. Auf einer Funktionärsversammlung in Düsseldorf erklärte Mahlein, angesichts des Kampfes um einen Tarifvertrag zur Rationalisierung könnten nicht auch noch „große Forderungen" in der Lohnrunde gestellt werden. Ein Kollege, der eine Lohnforderung von 200 Mark für alle vorgeschlagen hatte, mußte sich von Mahlein beschimpfen lassen: Er habe wohl jedes Augenmaß verloren! Das macht deutlich: Verlassen die Kollegen sich auf den Gewerkschaftsapparat, so werden sie sowohl im Kampf gegen den Rationalisierungsterror als auch gegen den Reallohnabbau verschaukelt und verraten sein.

4% Lohnraubabschluß bei Stahl

Fortsetzung von Seite 1

Herren vom Hauptvorstand oder aus der Verhandlungskommission noch so laut tönen, sie hätten um jedes Prozent gekämpft, sie hätten — wie Herb jetzt zynisch erklärte — „ein besseres Ergebnis gewünscht". Das ist nichts als Lüge und Augenwischerei. Schon im letzten Oktober enthüllte der „Rote Morgen" in einem Artikel unter dem Titel „Kampf dem Vier-Prozent-Lohndiktat": Eine sich auch mit der Polemik der IGM-Bonzen gegen den Bonner Wirtschaftsminister Lambsdorff, als der gefordert hatte, die Tarifabschlüsse müßten in diesem Jahr unter fünf Prozent liegen. Das laute Geschrei, das die Bonzen daraufhin erhoben, ist vielen Kollegen noch ebenso im Ohr wie die markigen Sprüche von Vorstandsmitglied Janssen: „Für den Bundeswirtschaftsminister ist im Bereich der Tarifautonomie kein Platz."



Die Kollegen waren kampfbereit! Streikversammlung bei MRW/Mülheim.

genannte „Rhein-Ruhr-Kommission der IG Metall", bestehend aus den Betriebsratsvorsitzenden der großen Stahlwerke und Vertretern der IGM in den Aufsichtsräten dieser Betriebe, war zusammengetreten. Auf dieser Sitzung wurde beschlossen, einen vier-Prozent-Abschluß bei Stahl in die Wege zu leiten.

So sieht das aus. Die radikalen Sprüche, das Manöver mit der Urabstimmung: nur Versuche, die Kollegen zu täuschen. Genauso verhält es

Und was passierte? Die gleichen Herren holten sich einen anderen Minister, nämlich den NRW-Arbeitsminister Farthmann, als „Vermittler" heran. Wie das „Handelsblatt" ganz offen schrieb, hatten mit dem Eingreifen Farthmanns, der übrigens selbst als „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat des Stahlkonzerns Hoesch sitzt, die Tarifverhandlungen „durchaus den Charakter einer Schlichtung" angenommen. Damit ist zum erstenmal in der westdeutschen Stahlindustrie ein Schlichtungsverfahren durchgeführt worden. So sieht es in Wirklichkeit mit der angeblichen Verteidigung der Tarifautonomie durch den IGM-Apparat aus.

Und was die von Lambsdorff geforderte Fünf-Prozent-Grenze betrifft, haben die Bonzen sie im Endeffekt um ein ganzes Prozent unterboten, haben sie wieder einmal gezeigt, daß sie trotz allen demagogischen Geschreis die Lohnleitlinien der Regierung gegen die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten durchdrücken. Wie nicht anders zu erwarten war, benutzen jetzt die Kapitalisten, ihre Politiker und die Gewerkschaftsbonzen den Lohnraubabschluß bei Stahl, um ihn als Vorbild für die anderen Tarifbereiche anzupreisen. Es sind die gleichen Herren, die nach dem Streik der Hafenarbeiter herausposaunt haben, daß deren Sieben-Prozent-Abschluß keine Signalwirkung haben dürfe.

Aber die Werktätigen in unserem Land wissen sehr gut, daß sich die Hafenarbeiter ihre Lohnerhöhung durch einen geschlossenen Streikkampf und die einmütige Ablehnung des ausgemauschelten 6,4-Prozent-Abschlusses in der Urabstimmung erkämpft haben. Jetzt heißt es für die Kollegen: die Wachsamkeit erhöhen gegenüber den verräterischen Manövern des Gewerkschaftsapparats. Nur wenn sie sich auf die eigenen Kräfte stützen und diesen Manövern entschieden entgegentreten, können sie Erfolge im Lohnkampf erringen. Die Betriebszellen der Partei und die RGO stehen dabei fest an ihrer Seite.

Klöckner/Bremen

Arbeiterkomitee stellt oppositionelle Liste auf

Auch auf der Klöckner-Hütte in Bremen gibt es eine revolutionäre Liste: die Liste des „Arbeiterkomitees Klöckner". Fünf Kollegen kandidieren auf dieser Liste. Am Montag wurden die Listennummern für die sieben (!) Listen auf der Hütte ausgelost. Die Liste des „Arbeiterkomitees" erhielt die Listennummer 4.

Anfänglich gab es eine Einheitsliste auf der Hütte. Darauf standen auch die fünf Kandidaten des „Arbeiterkomitees". Die Klöckner-Kollegen hatten sich vorher auf einer Belegschaftsversammlung mit großer Mehrheit für Persönlichkeitswahl ausgesprochen. In Worten gaben sich auch die Vertreter des IGM-Apparats, wie z. B. der DKP-Bonze und Betriebsratsvorsitzende Röpke, als Befürworter der Persönlichkeitswahl aus. Die Tatsachen jedoch zeigen, daß das Einheitsgeschrei dieser Arbeiterverräter reine Demagogie war.

Am letzten Tag der Einreichungsfrist nämlich zauberten die diversen „Arbeitervertreter" plötzlich jeder eine eigene Liste aus der Tasche, und am Ende waren sieben (!) Vorschlagslisten beim Wahlvorstand eingereicht.

Zwar war es der Vertreter der „Christlichen", des CMV, der als erster den Einheitsschwur brach und seine Liste einreichte. Aber wäre es nur der CMV, der die Persönlichkeitswahl nicht ehrlich wollte — wie erklärt sich dann, daß es jetzt keineswegs eine einheitliche IGM-Liste gibt, sondern vielmehr drei? Gerade die etablierten Betriebsratsbonzen des IGM-Apparats hatten am lautesten von Einheit getönt. Jetzt aber hat DKP-Röpke seine eigene Liste, während andererseits die Betriebsratsbonzen Florian und Holtorp eine weitere Liste haben, wobei übrigens Holtorp zumindest bislang auch ein DKP-Mann war. Und schließlich hat der SPD-Mann Tete noch eine dritte Liste mit Vertretern der IGM eingereicht.

Das „Arbeiterkomitee" machte sich nicht die Illusion, daß den IGM-Funktionären die Persönlichkeitswahl mehr am Herzen liegen würde als ihr widerwärtiges Gerangel um die besten Posten. Deshalb hatte es vorsorglich bereits 133 Unterschriften für eine eigene Liste gesammelt. Die wirkliche Einheit der Belegschaft kann auch nie und nimmer mit Arbeiterverrätern wie Röpke, Florian oder Holtorp erreicht werden, sondern nur gegen sie, indem die Kollegen sich im unversöhnlichen Klassenkampf für ihre Interessen zusammenschließen. Das Kampfprogramm der Liste des „Arbeiterkomitees" bildet dazu die richtige Grundlage. Es heißt darin: „Kurzarbeit, Massenentlassungen, Lohnraub in der Tarifrunde. Kein Betriebsratskandidat kann Euch ehrlich versprechen, er könne das abschaffen. Aber wir versprechen Euch, daß wir uns anstrengen werden, die Belegschaft dagegen zusammenzuschließen. Denn unsere Einheit und Kampfentschlossenheit ist das einzige, was wir gegen Klöckner ins Feld führen können."

Oppositionelle Liste bei Thyssen nicht zugelassen

Gangstermethoden der IGM-Bonzen

Nun haben es Tausende von Duisburger Stahlarbeitern gesehen: Auch vor richtiggehenden Gangstermethoden im Stil gewisser US-amerikanischer Gewerkschaftsbosse schrecken die DBG-Bonzen nicht zurück.

Trotz unglaublicher Hetze und verschiedener Einschüchterungs- und Erpressungsmanöver konnten die IGM-Bonzen nicht verhindern, daß die Oppositionelle Liste mit der genügenden Zahl gültiger Unterschriften beim Wahlvorstand fristgerecht eingereicht wurde. Allerdings fanden die Bonzen dann doch noch einen Ansatzpunkt, um gegen die Liste vorzugehen. Die erforderlichen Einverständniserklärungen der fünf Kandidaten waren noch nicht beigelegt, als die Liste eingereicht wurde. Sofort witterten Weihs (Betriebsratsvorsitzender), Judith (1. Bevollmächtigter der IGM) und ihre Kumpane ihre Chance.

Sie setzten die Kandidaten der Oppositionellen Liste unter skrupelloser Ausnutzung ihrer Machtstellung massiv unter Druck. Sie versuchten sie zu erpressen. Ihr Ziel: mindestens einen Kollegen soweit einzuschüchtern, daß er es nicht wagen würde, seine Einverständniserklärung noch vor Ablauf der Einreichungsfrist beim Wahlvorstand abzuliefern. Bei vier der Kandidaten bissen die Herren zwar auf Granit. Bei einem aber glückte ihr Coup. Sie hatten ihn ununterbrochen drangsaliert, hatten ihm weder auf der Arbeitsstelle noch in seiner Wohnung Ruhe gelassen. Man weiß nicht, mit welchen Drohungen sie ihn einschüchtern konnten. Man weiß jedoch, daß er eine chilenische Freundin hat, die Schwierigkeiten mit ihrer Aufenthaltsgenehmigung hat...

Als die Kollegen von der Oppositionellen Liste merkten, was da gespielt wurde, wollten sie mit dem Kollegen sprechen, um ihm den Rücken zu stärken. Er war jedoch nirgends mehr anzutreffen. Sie bekamen schließlich heraus: Er hält sich in der Wohnung des Vertrauensleute-Vorsitzenden auf. Als ein Kollege versuchte, dort mit ihm zu sprechen, wurde er nicht in die Wohnung gelassen. Der Kollege sah jedoch, daß auch der Betriebsratsvorsitzende Weihs sowie der Betriebsrat und bekannte SPD-Bonze Kanngießer sich in der Wohnung aufhielten. Offensichtlich schirmten diese Herren ihr Opfer systematisch von der Außenwelt ab.

Natürlich durchschauen viele Thyssen-Arbeiter, daß hier ein ganz schmutziges Spiel läuft. Offensichtlich verlieren die IGM-Bonzen aber lieber noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit, als es darauf ankommen zu lassen, daß ihrer Liste des Arbeiterverrats bei den Betriebsratswahlen eine revolutionäre Alternative gegenübersteht.

Bei BASF können die IG-Chemie-Bonzen dies nicht mehr verhindern. Die RGO-Liste mußte zur Wahl zugelassen werden. Doch immer noch verbreiten die Bonzen dummdreist das Märchen, die Liste sei ungültig. Der Wahlvorstand habe sie ja nur deshalb **zugelassen — behaupten sie —** „um den BASF-Beschäftigten ein den demokratischen Möglichkeiten entsprechendes Betriebsratsgremium zu sichern". Für wir dumm halten eigentlich diese Bonzen die Kollegen? Merken sie denn nicht, wie sie durch solch unverfrorene Lügen noch mehr Kollegen gegen sich aufbringen? Merken sie nicht, wie der Haß und die Verachtung der einfachen Gewerkschaftsmitglieder durch ihr unverfrorenes, arrogantes Auftreten immer mehr zunehmen?

Andererseits: Was bleibt ihnen anderes übrig? Eine ehrliche politische Auseinandersetzung mit den Listen der RGO, mit ihren Zielen und Forderungen kann der DGB-Apparat nicht führen. Es würde ein totales Fiasko für ihn. Schließlich tritt er die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen, wogegen die revolutionären Listen diesen Verrat bekämpfen und konsequent die Sache der Kollegen vertreten.

Überfall auf Arbeiter in Rüsselsheim

IGM-Betriebsräte prügeln mit!

Am 11. 2. 78 hatte der DGB in Rüsselsheim zur Wahl einer Ausländerkommission der verschiedenen Nationalitäten geladen. Die nach Listenwahl erfolgte Wahl der türkischen Vertreter war schon abgeschlossen — da ging es los. Glaubt man den Lokalzeitungen, dann wollten jetzt „irgendwelche radikalen" Türken noch eine Wahlliste nachschieben, wobei dann von ihnen eine wüste Schlägerei angezettelt wurde.

Wenn man aber, wie die „Zündkerze", die Zeitung der KPD/ML bei Opel-Rüsselsheim es tat, zusammen mit den auf der Versammlung anwesenden türkischen Arbeitern den Tatsachen auf den Grund geht, stellt sich folgendes heraus: Nicht „irgendwelche radikalen" Türken wollten sich noch mit einer Liste an der Wahl beteiligen, sondern neun Faschisten von der türkischen Mörderorganisation „Graue Wölfe", gegen die erst vor einiger Zeit in Stuttgart ca. 2.000 Werktätige demonstrierten. Während die anwesenden türkischen Arbeiter das natürlich ablehnten, fanden die Faschisten Unterstützung bei zwei IGM-Betriebsräten von Opel-Rüsselsheim: Betriebsrat Tezkac aus dem Motorenbau und Akkeci aus der Fertigmontage! Warum sollten diese sauberen Herren von der IGM auch plötzlich gegen die „Grauen Wölfe" sein? Hatten sie doch wenige Minuten zuvor mit erzreaktionären Kräften und einzelnen Vertretern dieser Faschistengruppe sogar auf einer gemeinsamen Liste für die Ausländerkommission kandidiert!

Und die beiden IGM-Vertreter sind auch nicht irgendwie in die Schlägerei hineingeraten, wie die bürgerliche Presse behauptet, oder gar arme Opfer einer von ihnen nicht gewollten gewaltsamen Auseinandersetzung geworden. Wie die „Zündkerze" berichtet, stehen genügend Zeugen bereit, um auszusagen, daß der IGM-Betriebsrat Tezkac u. a. grundlos auf einen fortschrittlichen 52jährigen kurdischen Arbeiter einprügelten und ihn mit einer Bierflasche am Kopf und im Gesicht so schwer verletzten, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Eine Anzeige gegen Tezkac wegen schwerer Körperverletzung ist in die Wege geleitet.

Die „Zündkerze" kommentiert: „Wir stellen dazu nur fest: Das also sind die Leute, die nicht nur bisher für den IGM-Apparat die ausländischen Kollegen ‚vertreten' haben; das sind auch die Leute, die nach den bisherigen internen Absprachen auf der IGM-Mauschelliste die Ausländer wieder repräsentieren sollen. Nur weiter so, Ihr sauberen ‚Gewerkschafter', die Opel-Belegschaft wird Euch schon die richtige Antwort auf Eure Machenschaften erteilen."

Revolutionäre Betriebsräte berichten



Karl-Heinz Töpfer, seit April 1975 revolutionärer Betriebsrat bei Elac, Kiel.

Die letzten Betriebsratswahlen fanden bei uns im April 1975 statt. Bei uns war eine Persönlichkeitswahl. Schon vor der Wahl wurde in einem Kreis von Kollegen das Vorgehen diskutiert. Es wurden vier Kollegen und Genossen aufgestellt, die von der Partei unterstützt werden sollten.

Einen ersten Sieg trugen wir schon bei der Aufstellung der Liste davon. Die Liste wurde in einer IGM-Vertrauensleutesitzung aufgestellt, und hier bestand man darauf, daß nur Vertrauensleute auf die Liste durften. Von uns vier waren aber nur zwei Vertrauensleute. So stellten wir den Antrag, die Liste zu öffnen und auch andere Kollegen auf die Liste zu lassen.

Die Mehrheit war dafür, und die von uns Vorgeschlagenen kamen mit auf die Liste. Nach Aushang der Liste am schwarzen Brett unterstützte der „Rote Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD/ML auf der Elac, die vier revolutionären und kommunistischen Kollegen und ihr revolutionäres Betriebskampfprogramm. Sofort reagierten die reaktionäre IGM und ihre Kandidaten. Sie forderten uns vier auf, eine Distanzierung vom „Roten Lautsprecher" und der Partei zu unterzeichnen. Aber alle vier weigerten sich. Daraufhin setzte eine unheimliche Kampagne ein. Mit Flugblättern, bis hin zur persönlichen Unterdrückung eines Kandidaten versuchten sie alles, mit dem Ziel, die Kollegen gegen uns zu bringen.

Aber die Wahl bestätigte unseren Kampf. Von den vier Kollegen wurden drei direkt in den Betriebsrat gewählt, obwohl wir die schlechtesten Listenplätze hatten. Insgesamt erhielten wir an die 20 Prozent der Stimmen. Die Reaktionäre des IGM-Apparats ruhten nicht. Sie setzten ihre Unterdrückungskampagnen fort mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen und warfen einen revolutionären Betriebsrat und mich aus der IGM heraus.

In unserer Tätigkeit als Betriebsräte wurden wir noch mancher Repressalie ausgesetzt. So versuchte der Personalchef meinen Kollegen als Betrüger hinzustellen. Er behauptete, dieser würde Betriebsratsstunden dazu benutzen, um seinen Akkord in die Höhe zu schrauben. Diese üble Behauptung mußte aber auf einer kämpferischen Abteilungsversammlung vor allen Kollegen zurückgenommen werden. Auf der gleichen Versammlung mußte ein kurz vorher ausgesprochenes Bierverbot aufgehoben werden, weil die Kollegen dagegen Sturm liefen und dies mit Recht als üble Disziplinierungsmaßnahme betrachteten.

Bei größeren Entlassungen versuchten wir, die Kollegen zusammenzuschließen. Als wir den Kampf gegen die Kurzarbeit aufnahmen und ihr nicht zustimmten, hatte ein Teil des Betriebsrates nichts Eiligeres zu tun, die Verleumdung zu verbreiten, wir seien gegen Kurzarbeit, also für Entlassungen. Dies Geschwätz wurde von vielen Kollegen zurückgewiesen.

Diejenigen, die zweifelten oder auf das Gerede noch reinfielen, entweder Kurzarbeit oder Entlassungen, werden zur Zeit eines besseren belehrt. Die Firma steht vor dem Konkurs, und es stehen Massenentlassungen bevor. Die Kurzarbeit hat nicht einen Arbeitsplatz gerettet. Dies ist auch zur Zeit unsere wichtigste Aufgabe: mit den Kollegen zusammen den Kampf gegen Stillegung und Massenentlassung zu führen.

Natürlich sind durch die Ereignisse die Betriebsratswahlen etwas in den Hintergrund getreten. Die Kollegen haben am meisten Interesse, was nun aus ihren Arbeitsplätzen wird. Das heißt trotzdem für uns, daß wir die Betriebsratswahlen vorbereiten und den Kampf um Wiederwahl und Aufstellung von weiteren revolutionären Kandidaten führen. Falls die Firma überhaupt noch in den nächsten Monaten besteht, sehen wir den Betriebsratswahlen mit berechtigtem Optimismus entgegen.

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl

Die Vorschlagslisten

Gründe für Beanstandungen einer Liste

1. Unvollständige Angaben über die Kandidaten (folgendes wird verlangt: Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Art der Beschäftigung, Gruppenzugehörigkeit);
2. Fehlen der schriftlichen Einverständniserklärung von Kandidaten;
3. Nicht mehr ausreichende Zahl von Unterschriften infolge von Streichungen.

Frist für die Beseitigung der Mängel

Der Listenvertreter muß die Beanstandungen seitens des Wahlvorstands vor Ablauf von drei Arbeitstagen nach Bekanntgabe der Beanstandungen beseitigen. Diese Frist kann vom Wahlvorstand nicht verlängert oder verkürzt werden. Werden die Beanstandungen nicht innerhalb der Frist beseitigt, so wird der Wahlvorschlag ungültig.

Willkürliche Beanstandungen

In der Frage der Beanstandungen hat der Wahlvorstand eine Vielzahl von Möglichkeiten für Schikanen und Behinderungen revolutionärer Listen. Häufig wird das Fehlen von Angaben beanstandet, die gesetzlich gar nicht vorgeschrieben sind. So wurde z. B. bei der letzten Betriebsratswahl von den Genossen bei KHD in Köln verlangt, die Kostenstellen der Kollegen, die die Liste unterschrieben hatten, nachtragen zu lassen.

Einspruch gegen Beanstandungen

Gegen derartige Beanstandungen kann man Einspruch erheben. Auch wenn nun das Wahlvorstandsmitglied, das dem Listensprecher schriftlich die Beanstandungen überbringt, erklärt, der Wahlvorstand werde über den Einspruch Beschluß fassen, verlängert sich dadurch die Frist von drei Tagen zur Beseitigung der Beanstandung *nicht* rechtswirksam. Werden die Beanstandungen mitgeteilt, dann läuft die Frist auf jeden Fall. Das bedeutet: In solchen Fällen muß der Listensprecher also trotz des Einspruchs versuchen, die Beanstandungen zu beseitigen.

Zur Beseitigung der Mängel

Dabei hat nur der Listensprecher das Recht, die erforderlichen Aktivitäten während der Arbeitszeit durchzuführen. Verläßt der Listensprecher dazu seinen Arbeitsplatz, muß er sich bei seinem Vorgesetzten — in der Regel der Meister — abmelden. Bei KHD hat die Listensprecherin damals einen schriftlichen Verweis bekommen, weil sie sich nicht abgemeldet hatte. Dieser Verweis hat später, zusammen mit anderen Punkten, zur Entlassung der Genossin geführt.

Entlassungen in Heilbronn und Lüneburg

• In Heilbronn soll die zur Gerresheimer Glas AG gehörende Glashütte geschlossen werden. Das bedeutet Entlassung für 250 Arbeiter und Angestellte. • Die Kapitalisten des Konzerns Babcock und Wilcox wollen den Maschinenbaubetrieb Artos in Lüneburg stillegen. 149 Arbeitsplätze werden damit vernichtet. • In Portugal haben 400 Arbeiter zwei Textilfabriken der deutschen Seidensticker-Kapitalisten besetzt. Sie fordern die Übergabe der stillgelegten Betriebe an die Arbeiter.

Gewerkschaftsausschlüsse in Bochum

Zehn Mitglieder des Vorstandes der Ortsgruppe Bochum der GEW wurden jetzt auf Beschluß des Hauptvorstandes aus der GEW ausgeschlossen, weil sie gegen die berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB verstoßen hätten. Begründet wird dieser Ausschluß damit, daß im Info 11-12/77 der Bochumer GEW auf Beschluß einer Mitgliederversammlung der Antrag einer Fachgruppe gegen die Verbotsanträge gegen KPD/ML, KBW und KPD abgedruckt worden war. Als Material gekennzeichnet wurde außerdem die Erklärung einer Bochumer Aktionseinheit gegen die Verbotsanträge veröffentlicht. Auf einer Mitgliederversammlung Ende des Jahres war dieses Info ausdrücklich von der Mehrheit der Mitglieder begrüßt worden.

Der Hauptvorstand der GEW beruft sich jetzt bei seiner Ausschlußbegründung vor allem darauf, daß durch den Abdruck des Antrags der Fachgruppe, der auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB Stellung nahm, „verleumderische Behauptungen" gegenüber dem DGB und seinen Gewerkschaften verbreitet würden. Wahrhaftig ein Musterbeispiel für gewerkschaftliche Demokratie! Als „Gewerkschaftsfeind" ausgeschlossen wird jetzt bereits, wer öffentlich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse Stellung nimmt!

Kandidat entlassen

Bei Solex in Westberlin stehen größere Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen bevor. Kein Wunder, daß die Kapitalisten alles daransetzen, um bei der anstehenden Betriebsratswahl die Wahl von klassenkämpferischen Kollegen zu verhindern. Der Unterstützung durch den alten Betriebsrat können sie dabei sicher sein. Das zeigte sich jetzt, als die Solex-Kapitalisten 15 Kollegen entließen. Unter diesen 15 Kollegen waren drei, von denen seitens der Geschäftsleitung oder des Betriebsrats erwartet wurde, daß sie bei der Betriebsratswahl zumindest als Kandidaten auf der gemeinsamen Liste kandidieren würden. „Der Durchbruch", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Solex, entlarvte, daß einer von ihnen, der Kommunist Werner Adomatis, sich bereits offiziell beim Betriebsrat als Kandidat angemeldet hatte. Der Betriebsrat stimmte allen diesen Kündigungen zu!

Tarifrunden

In Hessen hat die Tarifkommission der IG Chemie die Tarife gekündigt. IG-Chemie-Bonze Hauenschildt hat bereits jetzt erklärt, daß auf keinen Fall eine Forderung über sieben Prozent aufgestellt werden dürfe. • In der Bauindustrie haben die Unternehmer das Ergebnis der Schlichtung über einen neuen Rahmentarifvertrag abgelehnt. Und die IG-Bau-Bonzen? Sie denken nicht daran, dem Willen der Bauarbeiter entsprechend diese Provokation mit Kampfmaßnahmen zu beantworten. Im Gegenteil. Ihr Vorsitzender Sperner erklärte, er fühle sich durch die Haltung der Unternehmer nicht gekränkt und bot neue Verhandlungen an: Man habe es mit möglicherweise zu treffenden Beschlüssen nicht so eilig, sagte er vor Journalisten.

Polizeigewerkschaft wird Mitglied im DGB

Seinen Widerstand gegen eine Aufnahme der Gewerkschaft der Polizei in den DGB hat der ÖTV-Vorstand jetzt aufgegeben. So ist damit zu rechnen, daß schon im März die GdP eine Einzelgewerkschaft innerhalb des DGB sein wird. Und warum hatten sich die ÖTV-Bonzen solange dagegen gesträubt? Nicht etwa, daß sie der Meinung wären, daß Polizisten und Grenzschützer nichts in einer Gewerkschaft zu suchen haben. Im Gegenteil, sie selbst haben solche Angehörigen der bewaffneten Unterdrückungsorgane der Bourgeoisie auch in der ÖTV organisiert. Was sie stört, ist einzig und allein die Tatsache, daß sie bei einem Eintritt der GdP in den DGB die ca. 20.000 in der ÖTV organisierten Polizisten und Grenzschützer an die Polizeigewerkschaft abgeben müssen.

Lohndiktat

Aus Amerika zurückgekehrt, erklärte der Bonner Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff zum Streik der Hafenarbeiter: „Dieser Abschluß darf unter keinen Umständen ein Signal für Lohnabschlüsse auf breiter Front werden." Besonders bedauerte er, daß dieser Abschluß mit Hilfe eines Regierungschefs zustandegekommen sei: Da „muß doch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als wenn der Staat die Verantwortung für solche Abschlüsse übernähme". Und um ganz klar zu stellen, für wen der kapitalistische Staat Politik macht, bekräftigte Lambsdorff im gleichen Gespräch mit dem „Handelsblatt" noch einmal, daß die Regierung für Tarifabschlüsse unter fünf Prozent sei. Von einer „Einschränkung der Tarifautonomie" (auf deutsch: einem staatlichen Lohndiktat gegen die Arbeiter) könne deshalb aber keine Rede sein, erklärte Lambsdorff. Die Regierung brauche solche „einkommenspolitischen Vorstellungen" für die Steuerschätzungen!

Gewerkschaftsschädigendes Verhalten im GEW-Vorstand

§ 25

1. Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören an:
   a) der Vorsitzende,
   b) gewerkschaftsschädigendes Verhalten;
   c) satzungswidriges Verhalten;
   d) die Leiter der Referate A–E.
   e) der Vorsitzende des Ausschusses junger Lehrer und
   Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes werden
   Vertreterversammlung in besonderen Wahlgängen gewählt
2. Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören der Gesch
   und der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Erzi
   Wissenschaft" mit beratender Stimme an. Sie werden a

Nebenstehender Text ist ein Auszug aus der GEW-Satzung. Sie glauben es nicht? Es ist trotzdem wahr. Nachzulesen ist diese (unfreiwillige) Selbstdarstellung in der Zeitschrift „Erziehung und „Wissenschaft" 2/78.

Konzerne rationalisieren weiterhin skrupellos

Zehntausende auf den Entlassungslisten

„Mäßigung bei den Lohnforderungen macht die Arbeitsplätze sicherer" — so trommelt unaufhörlich die bürgerliche Propagandamaschine. Während man die Werktätigen damit einzuschüchtern versucht, liegen die Pläne für neue skrupellose Angriffe auf die Arbeitsplätze, für unerhörte Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge bereits in den Schubladen der Konzernherren. Dafür im folgenden einige Beispiele aus verschiedenen Branchen bzw. Konzernen.

— **Stahlindustrie an der Saar:** Die Rationalisierung der Stahlindustrie an der Saar läuft über den mächtigsten Konzentrationsprozeß der Nachkriegsgeschichte in diesem Industriezweig. Der luxemburgische Konzern ARBED hat die Stahlwerke Röchling-Burbach GmbH und die Neunkircher Eisenwerke AG geschluckt und sich eine 32prozentige Beteiligung an der Dillinger Hütten AG gesichert. Schon die Geburtswehen dieser Zusammenballung der saarländischen Hüttenindustrie in einer Hand war mit brutalen Rationalisierungsmaßnahmen und Massenentlassungen verknüpft. 5.000 Kollegen verloren ihren Arbeitsplatz, ein großer Teil von ihnen wurde in das Millionenheer der Arbeitslosen gestoßen. Die Rationalisierungspläne der ARBED sehen jedoch die Vernichtung von rund 10.000 weiteren Arbeitsplätzen vor. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll die gesamte Roheisenerzeugung von Röchling-Burbach und von den Neunkirchener Eisenwerken stillgelegt werden. Das gleiche soll mit dem SM-Stahlwerk in Völklingen passieren. Von 44 Walzstraßen des Konzerns im Saarland, in Belgien und Luxemburg sollen 18 stillgelegt werden.

All dies ist ein ungeheuerlicher Schlag gegen die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung an der Saar. Schon jetzt liegt die offizielle Arbeitslosenquote an der Saar bei ca. acht Prozent. Das hindert die Bonner Regierung jedoch nicht daran, der ARBED Bundesbürgschaften von mehreren hundert Millionen Mark und zinsgünstige Kredite zu gewähren und außerdem einen Teil der Abfindungen, die die entlassenen-Stahlwerker erhalten, aus Steuergeldern zu bezahlen.

— **Neckermann:** Seit die Karstadt AG die Neckermann Versand AG geschluckt hat, läuft in dem Unternehmen ein erbarmungsloser Entlassungsfeldzug. Bei der Übernahme durch Karstadt beschäftigte Neckermann noch 18.000 Leute. Inzwischen wurden bereits Tausende entlassen. Bis Mitte dieses Jahres soll die Belegschaftszahl durch weitere Entlassungen um insgesamt 9.500 auf 8.500 Beschäftigte verringert werden.

— **Brauindustrie:** Hatte die Brauindustrie 1970 noch 88.000 Beschäftigte, so waren es im vergangenen Jahr nur noch 76.700, wobei allein in den letzten drei Jahren 10.000 Kollegen entlassen wurden. Die Vernichtung von rund 10.000 weiteren Arbeitsplätzen ist bereits angekündigt. Unter anderem rationalisieren die Brauerei-Kapitalisten durch die Einführung vollautomatischer Bierherstellungs- und Bierverladungsanlagen. Dabei kann die Zahl der Beschäftigten drastisch heruntergeschraubt werden. Wo jetzt zwölf Mann beschäftigt sind, kommen die Kapitalisten dann mit nur noch zwei Arbeitern aus.

Allein der Brauereiriese Union-Schultheiß plant in den nächsten Jahren die Entlassungen Tausender von Arbeitern. Die Stillegung von neun Braustätten in Westberlin und in der Bundesrepublik haben die Bosse bereits angekündigt. Allein in Westberlin stehen jetzt schon 800 Kollegen auf der Entlassungsliste der Union-Schultheiss-Kapitalisten. Seit 1973 haben sie die Beschäftigtenzahl um 17 Prozent heruntergedrückt. Im gleichen Zeitraum stieg der Umsatz um acht Prozent. Der Nettogewinn pro Beschäftigtem ist um 23 Prozent gestiegen. Für das vergangene Geschäftsjahr schüttet Union-Schultheiss eine Dividende von 20 Prozent (!) an die Aktionäre aus.

Man könnte diese Beispiele ohne weiteres durch Beispiele aus anderen Industriezweigen oder Konzernen ergänzen. Oft verlagern die Kapitalisten die Produktion ins Ausland, in sogenannte „Billiglohnländer", während sie hier Entlassungsfeldzüge und Stillegungen betreiben. Nur eine „Moral" zählt bei ihnen: der höchstmögliche Profit. Und es gibt nur ein Mittel, mit dem die Werktätigen der verbrecherischen Arbeitsplatzvernichtung begegnen können: Das ist der konsequente, unversöhnliche Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger zur Verteidigung der Arbeitsplätze, gegen den Abbau der Reallöhne, der revolutionäre Klassenkampf zum Sturz des kapitalistischen Systems.

Kampf gegen Entlassungen bei Elac



Die meisten Kollegen bei Elac erfuhren es erst am Wochenende aus der Zeitung: Die Elac-Kapitalisten haben einen Vergleichsantrag beim Amtsgericht gestellt. Die Banken, bei denen Elac hoch verschuldet ist, wollen ihr Geld. Jetzt wird rationalisiert, der Betrieb verkleinert und wahrscheinlich wird für einen Teil des Betriebs (die Trennung in zwei Gesellschaften wurde bereits eingeleitet) Konkurs angemeldet. „Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD/ML bei Elac, schreibt: „Für die 19 Kieler Familien, die jahrelang die Gewinne aus der Elac gescheffelt haben, wird sicherlich bei Konkurs oder Verkauf noch genug Geld drin liegen. Wer hat schon einmal gehört, daß Kapitalisten bei Konkurs ihrer Firma betteln mußten. Für uns, durch die diese Leute reich wurden, bleibt Arbeitslosigkeit und eine unsichere Zukunft." 300 bis 400 Entlassungen sind geplant. Die KPD/ML hat die Kollegen aufgerufen, geschlossen den Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze aufzunehmen, Kampfmaßnahmen zu beschließen und auf die eigene Kraft zu vertrauen.

Bundesarbeitsgericht zum Streik in Erwitte

Kastriertes Streikrecht

Am 10. März 1975 besetzten die Zementarbeiter der Firma Seibel und Söhne in Erwitte den Betrieb. Sie traten in den sogenannten „wilden" Streik, um gegen die Entlassung von 100 der rund 150 bei Seibel beschäftigten Zementwerker zu kämpfen. Es wurde die bisher längste Fabrikbesetzung in der Geschichte der Bundesrepublik. Sechs Wochen lang hielten die Kollegen die Stellung. Drei Tage nach Beginn des Streiks schlug Seibel brutal zurück: Er schickte 32 Kollegen die fristlose Kündigung. Inzwischen hat nun der Kündigungsprozeß der Zementwerker alle Instanzen durchlaufen. In der letzten Woche fällte das Bundesarbeitsgericht in Kassel sein Urteil.

Für einen Teil der gemaßregelten Kollegen erklärte das Gericht die fristlose Kündigung für unwirksam. Dabei betonte das Gericht jedoch ausdrücklich, der Streik sei rechtswidrig gewesen. Jedoch seien sich die Arbeiter dessen nicht bewußt gewesen. Dem anderen Teil der Streikenden verweigerten die Richter aber gleiches Recht. Sie verwiesen ihr Verfahren zur erneuten Verhandlung an das Landesarbeitsgericht in Hamm zurück. Es sind diejenigen Fälle, in denen das Gericht die betroffenen Arbeiter als die „handelnden der ersten Stunde" bezeichnete, also die entschlossensten Kollegen, die mutig vorangegangen waren.

Wenn das Urteil für einen Teil der gemaßregelten Kollegen positiv ausfiel, so ist dies nur der Tatsache zu danken, daß die Belegschaft einen so großartigen Kampf gekämpft, daß sie den Streik so lange durchgestanden und dabei in breitem Maße die Solidarität und Unterstützung des werktätigen Volkes für sich gewonnen hatte. Deshalb wagte das Gericht es einfach nicht, die brutalen Kündigungen Seibels gegen die Streikenden insgesamt zu unterstützen. Umso niederträchtiger und heimtückischer ist das Auseinanderdividieren der Kollegen, ist es, daß diejenigen, die entschlossen den Anfang gemacht hatten, nicht gleiches Recht erhielten.

Es ist also trotz des Teilerfolgs ein ausgesprochen übles, reaktionäres Urteil. Daß die bürgerliche Presse und das DKP-Organ „UZ" es als „Sieg der Zementwerker" anpreisen, zeigt nur ihren Zynismus. Dieses Urteil, das den gerechten und vorbildlichen Streik der Erwitter Zementwerker als Rechtsbruch abstempelt und darüber hinaus ausdrücklich feststellt, jeder Streik sei illegal, soweit er nicht vom DGB-Apparat offiziell organisiert und abgesegnet ist, dient ganz klar der Knebelung der Arbeiterklasse. Es dient der Kriminalisierung und staatlichen Unterdrückung des konsequenten Kampfes der Arbeiter für ihre Interessen. Es stellt nicht nur die Weichen für künftige brutale Unterdrückungsmaßnahmen durch die Kapitalisten wie Aussperrung, Maßregelung u. a. bei sogenannten „wilden" Streiks, sondern auch für staatlichen Terror, z. B. Knüppeleinsätze der Polizei, Verhaftungen von Streikführern und strafrechtliche Verfolgung Streikender.

Wichtig an dem Urteil ist noch etwas. Ausdrücklich stellten die Richter fest, auch dann seien „wilde" Streiks rechtswidrig, wenn die Kollegen sich dabei „zu einer besonderen Streikgemeinschaft zusammenschließen". Das richtet sich gegen die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse. Es zielt gegen künftige Streiks, die die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) organisiert, um sie von vornherein als illegal abzustempeln.

So steht es also in diesem Staat mit dem Streikrecht. Es ist ein kastriertes, weitgehend ausgehöhltes Recht. Gestreikt werden darf nur, wenn reaktionäre Gewerkschaftsführer, die mit den Kapitalisten unter einer Decke stecken und dem Bonner Ausbeuterstaat als verlängerter Arm dienen, es erlauben. Daß die IG-Chemie-Bonzen das Urteil aus Kassel als „positive Entscheidung" feiern, entlarvt das reaktionäre Wesen des DGB-Apparats.

GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!

Groenewold-Prozess
Die Zuschauer hinter einer Trennscheibe

Der Groenewold-Prozeß vor dem Oberlandesgericht Hamburg geht in die fünfte Woche. Hier soll ein Verteidiger, der sich für die Rechte seiner Mandanten eingesetzt hat, zum Kriminellen abgestempelt werden. Das Gericht kehrt eine „vorurteilsfreie" Haltung heraus. Die Befestigung des Gerichts spricht allerdings eine andere Sprache. Ein Zuschauer berichtet.

Du traust deinen Ohren nicht. Hast du das richtig gehört? Es besteht kein Anlaß, zu befürchten, daß der Senat irgendwelche Vorurteile gegenüber dem Angeklagten hegt? Wie war es denn, als du in den Zuhörerraum wolltest?

Selbst wenn du dich nicht in Hamburg auskennst, kannst du sofort erkennen, in welchem Gebäude der Prozeß läuft, denn das Strafjustizgebäude wird von bewaffneten Uniformierten patroulliert. „Bitte den Nebeneingang benutzen!" Also gehst du um das Gebäude herum. Am Ende des schmalen Weges neben dem Strafjustizgebäude steht ein Mannschaftswagen der Polizei. Du bemerkst erst gar nicht, was die Polizisten in dem Wagen machen. Erst als du von einigen Zuschauern überholt wirst, die es etwas eilig haben, siehst du, wie einer der Polizisten sein Sprechfunkgerät in Gang setzt und da etwas hineinspricht. Unmittelbar links vor dem Mannschaftswagen hat es früher wohl mal eine Tür im Strafjustizgebäude gegeben. Jetzt siehst du eine glatte Stahlwand ohne Klinke, die das ehemalige Türloch im Mauerwerk verschließt.

Gerade als du die richtige Tür suchen willst, öffnet sich diese Stahlwand von innen, und ein Polizist läßt dich in einen Kellergang zusammen mit den anderen Zuschauern. Da hörst du es plötzlich aus einem Lautsprecher quäken: „Eine männliche und eine weibliche Person kommen." Jetzt wird dir klar, was die Polizisten in dem Mannschaftswagen da draußen hinter der Stahlwand machen. Der Kellergang ist nicht lang, er endet vor einer Gittertür.

In diese Tür werden die Zuschauer nur einzeln reingelassen. Sie müssen auf einem Tisch hinter der Tür alles, was sie in ihren Taschen haben, ausleeren. Alle gefährlichen Gegenstände werden abgenommen und in einen Behälter getan, den die Beamten in ein Regal stellen. Du bekommst dann eine Nummer und kannst deine Sachen dann später beim Weggehen wieder abholen. Die „ehrenwerten" Richter sind so vorurteilslos, daß sie Zigaretten und anscheinend vor allem Kugelschreiber als äußerst gefährliche Gegenstände ansehen, denn besonders das wird einem abgenommen. Aber bevor du weitergehen darfst, wirst du noch wie ein Schwerverbrecher durchsucht und vor allen, die noch zwischen Stahlwand und Gittertür stehen, „abgetastet".

Schließlich läßt der Polizist seine Finger von dir und du willst die Treppe hochgehen, weil du vermutest, daß es da zum Sitzungssaal geht. Da wird dein Personalausweis verlangt. Wofür? „Wir müssen den fotokopieren" Wieso denn das? „Anweisung". Anweisung? Von wem denn diese Anweisung? Als du da unten stehst und auf die Rückgabe deines Personalausweises wartest, weißt du natürlich noch nicht, daß das eine Anweisung dieser fünf „vorurteilsfreien" Herren vom OLG-Senat ist.

Jetzt gehst du die Treppe vom Keller in den ersten Stock hoch, vorbei an auf dem Treppenabsatz sitzenden Polizisten mit schußbereiten Maschinenpistolen. Das ganze Treppenhaus und der Flur zum Sitzungssaal, der quer durch das Gebäude geht, ist völlig von den anderen Räumen und Fluren abgetrennt, du bist in einer Mausefalle. Wenn hier eine Räumung des Sitzungssaales passiert oder ein Polizeieinsatz aus anderen Gründen, dann kann es bei der Bewaffnung der Polizei, die in den verschlossenen Zimmern wartet, Tote geben. Mindestens 50 Beamte, jeder mit einer Maschinenpistole und einem Schutzhelm, halten sich da auf.

Schließlich kommst du in den Sitzungssaal, der dann durch eine Trennscheibe aus schußsicherem Glas fast bis zur Decke den „vorurteilsfreien" Senat vor den Zuhörern bewahrt. Wenn du geglaubt hast, zu einem Prozeß gegen einen Rechtsanwalt zu gehen, dann mußt du dir spätestens, wenn du endlich in den Sitzungssaal gelangt bist, sagen, daß das Gericht und die Bundesanwaltschaft und die Hamburger Polizei den Prozeß so führten, als säße jemand, den diese Leute als „Terroristen" bezeichnen, auf der Anklagebank.

Bonn beschliesst Polizeistaatgesetze

Fortsetzung von Seite 1

In allen diesen Fällen war die Suche nach „Terroristen" nur ein Vorwand, um die Bevölkerung zu terrorisieren. Ebenso bei den Autokontrollen. Wer einmal in eine dieser Kontrollen gerät, denkt, er sieht einen Krimi: aufgereihte Beamte mit Maschinengewehren im Anschlag, dann mindestens fünf Beamte mit gezogener Pistole allein an einem Auto, hinter der Kontrollstelle ein quergestellter VW-Bus und ein bereitstehender Bus für den Fall, daß jemand verfolgt werden soll. Wird hier nach „Terroristen"gefahndet? Nein, bei diesen Autokontrollen ist noch keiner ins Netz gegangen. Hier wird ein Kontroll-Netz über die Bevölkerung gespannt. Wird ein Polizeistaatsklima geschaffen, das die Werktätigen einschüchtern soll. Oder glaubt wirklich einer, wenn die Polizei Werksbusse mit Maschinenpistolen durchkämmt und an Werktoren kontrolliert, die „Terroristen" würden mit der Aktentasche unterm Arm in den Betrieb marschieren?



An dieses Bild sollen wir uns gewöhnen: Verkehrskontrolle mit entsicherter MP.

Der Ausbau der Polizei, die Legalisierung des Straßenterrors, die großangelegten Polizeimanöver und Straßenabsperrungen, wie wir sie z. B. bei der Demonstration gegen das Atomkraftwerk in Kalkar erlebt haben, dienen dazu, die Polizei auf die Unterdrückung größerer Kämpfe der Werktätigen vorzubereiten. Wenn in den Fabriken militante Streiks ausbrechen. Wenn die Werktätigen in größeren Massen auf die Straßen gehen. Erst recht, wenn eine revolutionäre Situation entsteht.

Innenminister Schwarz hat dies in einem Interview über die Polizeigesetze offen bekannt. Auf die Frage, warum die Polizei Maschinengewehre und Handgranaten brauche: „Die Polizei muß darin ausgebildet sein. Wir können die unangenehmen Dinge nicht dem Bundesgrenzschutz überlassen... Es gibt Fälle, in denen sie angewandt werden dürfen und müssen, z. B. in einer vorrevolutionären Situation... Es hat keinen Sinn, Gesetze erst dann zu machen, wenn eine bestimmte Situation schon eingetreten ist."

Die Bourgeoisie bereitet sich also mit diesen faschistischen Gesetzen darauf vor, gegen die kämpfenden Werktätigen vorzugehen und der Polizei freie Hand zu geben für faschistischen Terror. Schon jetzt waren Hausdurchsuchungen ohne Hausdurchsuchungsbefehl möglich. „Gefahr im Verzug" — hieß es dann. Schon jetzt wurden Autos durchsucht. „Haben Sie ein Warnkreuz im Kofferraum", tarnte man die Durchsuchung. Die neuen Gesetze sollen also die letzten juristischen Hemmnisse beseitigen. Sie sollen Polizeiwillkür, blanken Polizeiterror „rechtmäßig" erscheinen lassen. Und jede schmutzige Lüge, sogar die von vergifteten Apfelsinen, ist ihnen recht, um diesen Terror vor der Bevölkerung zu legitimieren.

Die Razziengesetze sind wie die geplanten Maßnahmen zur Einschränkung der Demonstrationsfreiheit und des Versammlungsrechts, die z. Zt. in den Ausschüssen diskutiert werden, ein deutlicher Ausdruck dafür, daß Bonn auf ein neues '33 zusteuert. Daß dieser Staat seinen Unterdrückungsapparat für künftige Zeiten ausbaut, wenn die Unzufriedenheit und Unruhe der Bevölkerung für diesen Staat bedrohliche Ausmaße annehmen wird. Schon heute soll ein Polizeistaatklima geschaffen werden, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Ein Klima der Bespitzelung und des Denunziantentums, wie es auch durch den Ausbau der „Kontaktbereichsbeamten", des Polizeispitzels an der Ecke, erreicht werden soll.

Allerdings wird jede Durchsuchung, jede Autokontrolle, jede Festnahme von Werktätigen den Haß und die Empörung der Werktätigen gegen die Polizei und diesen kapitalistischen Staat noch verschärfen. Schon während der Bürgerkriegsmanöver bei der Schleyer-Entführung ballten viele die Fäuste in der Tasche. Sie werden sie auch gebrauchen! Kämpfen wir gegen die zunehmende Faschisierung! Gegen die Razziengesetze und den Polizeiterror! Nieder mit Reaktion und Faschismus!

Mahler macht Propaganda für den bürgerlichen Staat

Über eine Stunde lang konnte der Herr Mahler am 15. Februar im Fernsehen gegen die revolutionäre Gewalt hetzen, die „bürgerlichen Freiheiten" dieses Staates preisen und üblen Reformismus predigen. Während in Stammheim politische Gefangene sterben, während andere politische Gefangene isoliert werden, verliert dieser „einsichtige" Herr, wie ihn die bürgerliche Presse tituliert, kein Wort über den Terror in den westdeutschen Gefängnissen. Ja, er besitzt sogar die Frechheit, zu behaupten, die Werktätigen würden sich mit diesem Ausbeuterstaat „identifizieren". Nach dieser „politischen Beichte"ist ein Unterschied zwischen diesem Herrn und seinem „Kampfgefährten" Ruhland, der neben Bundesanwalt Rebmann saß, nicht mehr zu erkennen.

Schutzhaft für Rolf Pohle

München: Der politische Gefangene Rolf Pohle wurde 1976 trotz internationaler Proteste von den griechischen Behörden an die Bundesrepublik ausgeliefert. Damals erklärte die Bundesregierung, Rolf Pohle werde im Sommer 1979 entlassen. Kein Wort mehr davon. Im Gegenteil, nun strengt sie ein Jahr vor der Entlassung einen neuen Prozeß an, mit dem Ziel, Rolf Pohle für immer hinter Gitter zu bringen. Die Absicht wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die Staatsanwaltschaft die angebliche Erpressung Rolf Pohles im Zusammenhang mit dem Austausch der fünf politischen Gefangenen gegen Lorenz nicht bereits im März 1976, zur Zeit des Austausches, als „strafwürdig" ansah, sonderst erst Ende Juli 1976 mit Ermittlungen begann, als bekannt wurde, daß Rolf Pohle sich in Griechenland aufhält. Hier versucht also die Regierung auf indirektem Wege schon jetzt die Schutzhaft gegen politische Gefangene einzuführen. Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Das Wort „Mord" verboten!

Köln: Fünf junge Kölner sind von einem Kölner Schöffengericht zu Geldstrafen zwischen 1.200 und 2.400 Mark verurteilt worden, weil sie im November 1974 während einer Demonstration Plakate mit der Aufschrift: „Mord an Holger Meins" getragen haben. Mit diesem Terror-Urteil will die Klassenjustiz ihre Verantwortung für den Tod des Genossen Holger verwischen und die Wahrheit unterdrücken. Nieder mit der Klassenjustiz!

Berufsverbot für Rechtsanwalt

Frankfurt: Der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte in Frankfurt hat dem 33jährigen Assessor Heinz Düx die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert, weil er sich durch Äußerungen in verschiedenen Prozessen, in denen er als Referendar aufgetreten war, als „unwürdig" für diesen Beruf erwiesen habe. So soll Düx während des Stammheimer Verfahrens gesagt haben, der Richter führe einen „Schauprozeß" und die Angeklagten würden „wie Tiere vorgeführt". Diese Äußerungen, die genau den Tatsachen entsprechen, nimmt das Ehrengericht zum Vorwand, um für Düx ein Berufsverbot auszusprechen. Kämpfen wir gegen die Unterdrückung und Disziplinierung fortschrittlicher Anwälte!

Killer-Training

Bremen: Die Zeitung „Weser-Kurier" meldet: „Mehr als 1.200 Patronen hat die Bremer Schutzpolizei im Durchschnitt an jedem Tag des vergangenen Jahres bei Schießübungen und Einsätzen verschossen. Der Verbrauch ist damit gegenüber 1961 auf mehr als das Zweihundertfache (!), gegenüber 1976 fast um 100 Prozent angestiegen, nämlich auf 444.262 Patronen." Im Besitz der Bremer Polizei seien „625 Maschinenpistolen, 106 Karabiner sowie 921 Pistolen und 604 chemische Sprühgeräte." Kommentar überflüssig.

Polizei prügelt beim Karneval

Düsseldorf: Jedes Jahr erwecken Fernsehen und Presse den Eindruck, daß am Rosenmontag „die Welt in Ordnung ist", daß die Narren die Polizei „bützen" (küssen) würden. Aber aus dieser Anzeige spricht die Wirklichkeit.

Zeugen gesucht: Rosenmontag, Elisabethstr./Herzogstr., 16.15, wurde Passant von uniformierten Polizeibeamten geschlagen u. in Mannschaftswagen gezerrt. Zuschr. unt. DN 8788 WZ-Düsseldorfer Nachrichten, 4 Düsseldorf 1, Königsallee 27.

Wissenschaftler darf nicht als Faschist bezeichnet werden

Köln: Zu einer Strafe zwischen 800 bis 1.000 Mark wurden drei Studenten verurteilt, weil sie in einer Studentenzeitung den bereits verstorbenen hochdekorierten Pädagogen Theodor Litt als Faschisten gekennzeichnet haben. Dies sei eine „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener", behauptete das Gericht, obwohl die Studenten durch ausführliche Dokumente die positive Haltung dieses Wissenschaftlers zum Nazi-Faschismus nachweisen konnten. Dieses Urteil ist ein unverschämter Angriff auf die Meinungsfreiheit, ein Ausdruck de: zunehmenden Unterdrückung an den Universitäten!

Rechtshilfebroschüre

RECHTSHILFEBROSCHÜRE

Worauf muß man achten?

- bei Demonstrationen...
- auf der Polizeiwache...
- bei einer Hausdurchsuchung...
- bei Verfassungsschutzagenten...
- als Festgenommener...

ROTE HILFE DEUTSCHLANDS

88 Seiten, ca. 2 DM

Dortmund: Die Rote Hilfe Deutschlands hat eine neue Broschüre erarbeitet. Zu erhalten bei:

Rote Hilfe Deutschlands, Stollenstr. 12, 4600 Dortmund

Spenden

Im Monat Januar gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden für die KPD/ML:	
2. 1., Albanienveranst. Duisburg v. 11. 12.	450,00
5. 1., Jahrestagsfeier Kiel	844,02
6. 1., Arbeitertreff Kiel-Gaarden	38,71
9. 1., Jahrestagsfeier Kiel	331,40
9. 1., Jahrestagsfeier Darmstadt	350,00
9. 1., RM-Leserunde Wedding	23,00
11. 1., Kunden Buchladen, Köln	30,00
16. 1., Jahrestagsfeier Wiesbaden	535,81
17. 1., Veranstaltung Gießen zur Oktoberrevolution	120,00
23. 1., K. K., Reutlingen	20,00
insgesamt	**2.742,94**
II. Spenden für die Sektion DDR der KPD/ML:	
4. 1., U. R., Bremen	664,40
10. 1., Kunden Buchladen RM München	151,35
16. 1., Hochzeit Rüsselsheim	500,00
24. 1., Kunden Buchladen RM Hannover	44,00
25. 1., P. K., München	50,00
insgesamt:	**1.409,75**
III. Sonstige Spenden:	
3. 1., P. K., München f. d. RM	200,00
20. 1., Liederfest Hamburg für politisch Verfolgte	340,00
insgesamt:	**540,00**

Insgesamt gingen somit im Januar an Spenden ein 4.692,69 DM

SPENDET FÜR DIE KPD/ML!
Postscheckkonto 6420-467, PSchA Dortmund
und
Kto.-Nr. 321 004 547
Stadtsparkasse Dortmund

Im Januar gingen folgende Spenden auf das Konto des „Roten Morgen" ein:

3. 1., W. H., München für RM	100,00
3. 1., R. L., Idar-Oberstein für RM	20,00
6. 1., F. G., Wuppertal f. Partei	100,00
6. 1., F. G. Wuppertal für RM	100,00
15. 1., OG Saarbrücken für RM	26,50
16. 1., D. M., Gießen für RM	5,00
23. 1., „Rotes Contra", Freiburg f. RM	110,00
31. 1., M. C., Werdohl für RM	10,00
insgesamt:	**471,50**

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden!

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Wir unterstützten den Streik der Zivildienstleistenden

Liebe Genossen,

während des bundesweiten Streiks der Zivildienstleistenden wurde auch in unserer Klinik gestreikt. Von acht ZDLern beteiligten sich sieben daran. Zur Unterstützung des Streiks verfaßten wir Kollegen eine Solidaritätsresolution, in der wir die Forderungen der ZDLer: „Weg mit der ‚Gewissensprüfung'!" und „Keine Kasernierung von Zivildienstleistenden!" unterstützten. In der Resolution wurden auch die Einschüchterungsversuche des Zivildienstamtes, das die Streikenden mit Gefängnis bis zu drei Jahren bedrohte, verurteilt. Diese Resolution wurde von 24 Kollegen unterschrieben. (Insgesamt arbeiten ca. 40 Kollegen im Tagdienst.)

Am Tag vor dem Streik bedrohte der Verwaltungsleiter die Streikbereiten: „Wenn ihr streikt, fliegt ihr alle", „Euch wird vier Monate der Sold gesperrt." Abends übergaben die ZDLer ihm dann eine Streikerklärung. Sie ließen sich nicht einschüchtern. Viele Kollegen, mit denen wir während der Unterschriftensammlung diskutierten, versicherten ihre Unterstützung. Am Freitag morgen waren dann alle bis auf einen Streikbrecher versammelt. Die Zivildienstleistenden errichteten im Foyer der Klinik einen Informationsstand, verteilten Flugblätter, hatten eine Wandzeitung, sammelten Unterschriften und diskutierten mit Patienten. Gegen neun Uhr hieß es, der Verwaltungsleiter holt die Polizei. Empörung bei den Kollegen. Spontan blieben einige Kollegen am Informationsstand, um ihn gegebenenfalls zu verteidigen. Per Telefon wollten ca. zehn dazugerufen werden, wenn es soweit ist. Nach einer halben Stunde wollte die Geschäftsleitung mit den Streikenden verhandeln. Also keine Polizei. Sicherheitshalber wurden alle Kollegen, die bei einem Polizeieinsatz gerufen werden wollten, auf der Telefonliste angekreuzt. Wir wären schnell zur Stelle gewesen. Während der „Verhandlungen" ließen sich die Streikenden auf nichts ein. Der Geschäftsführer wiederholte erst seine Drohung mit der Polizei, dann wollte er noch mal in Köln anrufen und sich Rat holen. Aber die Telefone dort liefen heiß. Keine Verbindungen. Dann wurde der Rechtsanwalt des Hauses herbeizitiert. Der klärte die Streikenden über die „rechtlichen Konsequenzen" auf. Zwei der ZDLer sollten im Pflegebereich Nachtdienst tun, dann sei die Sache nicht so schlimm. Abgelehnt! Alle streiken weiter. Schließlich wird der Oberarzt dazugerufen. Der meinte, die Patienten seien alle psychisch krank, ein Streik könne sich nur schädlich auf die Behandlung auswirken. Ein ZDLer meinte: Die Streikenden seien keine Mediziner. Medizinische Fragen müsse er mit seinen Kollegen besprechen. Die ZDLer hätten ihre Forderungen, dafür streiken sie. Dann legte er ihnen die Resolution mit den 24 Unterschriften der Kollegen vor und sagte, daß 24 Kollegen, die allesamt auch etwas von der Behandlung verstünden, anderer Meinung wären als er und den Streik unterstützten. Dieses „Argument" zog. Die Geschäftsleitung hatte ihr Pulver verschossen. Die Kollegen, denen sie anschließend von ihren „Verhandlungen" berichteten, freuten sich über die entschlossene Haltung der ZDLer. Es herrschte eine kämpferische Stimmung. Nachmittags gingen dann alle sieben zu unserem Betriebsrat und bedankten sich für die solidarische Unterstützung der Kollegen.

Rot Front, ein Genosse

Kummer mit dem „Kummerkasten"

Liebe Genossen!

Am 29. 1. hörte ich auf HR III die Sendung „Kummerkasten im Sunday-Expreß", in der Zuhörer sich per Telefon zu Beiträgen leitender Angestellter verschiedener Arbeitsämter äußern konnten. Es ging um Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. Tatsächlich machte der Kummerkasten Kummer, und zwar vor allem dem Moderator Gehrken. Denn immer wieder riefen Hörer an, die mit den Äußerungen der Herren von Arbeitsamt überhaupt nicht einverstanden waren.

Nachdem zuvor die Ausbildung in der Bauwirtschaft hochgejubelt worden war, rief ein Maler an und stellte klar, daß die „Spitzen"löhne der Bauwirtschaft in vielen anderen Branchen übertroffen werden und daß die Arbeiter bei Schlechtwetter empfindliche Einbußen haben, was der Mensch vom Arbeitsamt verschwiegen bzw. geleugnet hatte. Ein Lehrer prangerte an, daß den Berufsschülern im sozial-pflegerischen Bereich ungenügende oder falsche Beratung gegeben wird. Ein Betriebswirt beschwerte sich, daß die Berufsberater bewußt oder unbewußt falsche Prognosen stellen, so daß junge Menschen in aussterbenden, überfüllten oder in absehbarer Zeit überfüllten Berufen ausgebildet werden. Ihm selbst war es so ergangen. Er fragte, wieso es überhaupt Berufsberater gebe, wenn sie doch so unqualifizierte Beratungen geben und viele Jugendliche in eine Sackgasse schicken.

Es wurde richtig turbulent im Kummerkasten. Der Moderator redete den Anrufern dazwischen und stammelte, dies und jenes wäre so nicht gesagt und nicht gemeint worden. Schließlich wurde einem Anrufer sogar der Ton weggedreht, und der Moderator sagte, die Zeit dränge leider zu sehr. Ein Herr von der Ausbildungsabteilung der Farbwerke Höchst durfte sich allerdings dann noch etliche Minuten lang äußern (Motto: „Wer sich bemüht, bekommt auch eine Lehrstelle"). Zwischendurch hatte Moderator Gehrken dann noch die Unverschämtheit zu sagen, es sei doch sehr schade, daß sich zu diesem doch außerordentlich wichtigen Thema nicht mehr Zuhörer meldeten. Wer weiß, wie viele Anrufer bei der Nummer des HR III womöglich einfach ein Besetztzeichen hörten oder aber die Lust verloren hatten, sich anschreien oder den Ton abdrehen zu lassen.

Wie „außerordentlich wichtig" die Herren der Rundfunkanstalten das Thema Jugendarbeitslosigkeit ansehen, zeigte sich in der nachfolgenden Sendung, deretwegen jenem einen Anrufer angeblich der Ton weggedreht worden war, die also noch viel wichtiger sein mußte. Es war die Popsendung: „HR III Toptime", deren erster Hit mit dem Quatsch anfing: „I'm flying high and I know the reason why". Der „Dialog mit dem Zuhörer" beim Radio dauert also nur so lange, wie einer was nicht verstanden hat oder dumm daherschwätzt, wenn aber einer ernsthaft eine andere Meinung hat, so fehlt dafür die Sendezeit. Da soll die Jugend schon lieber Popmusik anhören, das erhitzt die Gemüter nicht so.

Ein Genosse aus Kassel

Parteiveranstaltungen

Westberlin: 24. 2., 19 Uhr, Veranstaltung zu den Betriebsratswahlen, Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-Straße 131.
Dortmund: 24. 2., 19 Uhr, Kulturabend zum 80. Geburtstag von B. Brecht, Jakobsschänke, Weißenburgerstraße.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ◯ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ◯ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ◯ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ◯ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Lehrer wehren sich

Gesinnungsschnüffelei an den Hamburger Schulen

Unter der Überschrift „Bei Indoktrination sollen sich die Eltern an den Senator wenden" forderte der Hamburger Schulsenator Apel zur anonymen Denunziation fortschrittlicher Lehrer auf. In einem „Welt"-Artikel sagt er: „Wichtig ist nicht so sehr, daß Sie Ihren Namen nennen, wichtig ist, daß der Vorwurf hinreichend konkret erhoben wird." Und unter dem Artikel: seine Telefonnummer.

Diese offene Provokation hat bei vielen Lehrern Empörung ausgelöst. Zeigt sich doch daran, daß die Schulbehörden jedes Mittel ausnutzen, um die politische Unterdrückung an den Schulen zu verschärfen, um ein Klima der Einschüchterung und Angst vor Denunziation zu schaffen, wie es manchen aus der Zeit des Faschismus bekannt ist.

Doch die Lehrer wehren sich gegen diese politische Disziplinierung und Gesinnungsschnüffelei. Mehrere Schulkonferenzen haben gegen Apels Äußerungen protestiert. Über 1.600 Hamburger Lehrer und Erzieher haben öffentlich in einer Zeitungsanzeige ihre Stimme gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit erhoben, als der Schulsenator außer in dem erwähnten Interview auch noch in einem Rundschreiben an alle Lehrer davor warnte, im Unterricht die faschistische Vergangenheit von Schleyer zu erwähnen. Das sei „Indoktrination", und die würde er verbieten.

Dieser gleiche Schulsenator hat nun kürzlich die Lehrer über den Behördenweg aufgefordert, in den vierten Klassen das „Deutschlandlied" zu lehren und „bei geeigneten Anlässen gemeinsam zu singen". Dazu heißt es: „Als Nationalhymne gilt die dritte Strophe des Deutschlandliedes; die anderen Strophen brauchen nicht gelernt zu werden, sie sollen aber bekannt sein." Hier fragen sich nicht wenige Eltern und Lehrer: Wer „indoktriniert"?

Daß die öffentliche Ankündigung des Schulsenators, mit Spitzeln und Denunzianten gegen fortschrittliche Lehrer vorzugehen, nicht nur eine leere Drohung ist, sondern bereits Praxis, zeigt ein Vorfall, der im Januar aus dem Hamburger Lehrerseminar bekannt wurde. Erst aus der Zeitung erfuhren 32 Lehrer-Referendare, daß die Schulbehörde gegen sie ermittelt. Sie sollen die Nachricht vom Tod Schleyers mit einer „Jubelfeier" begrüßt haben.

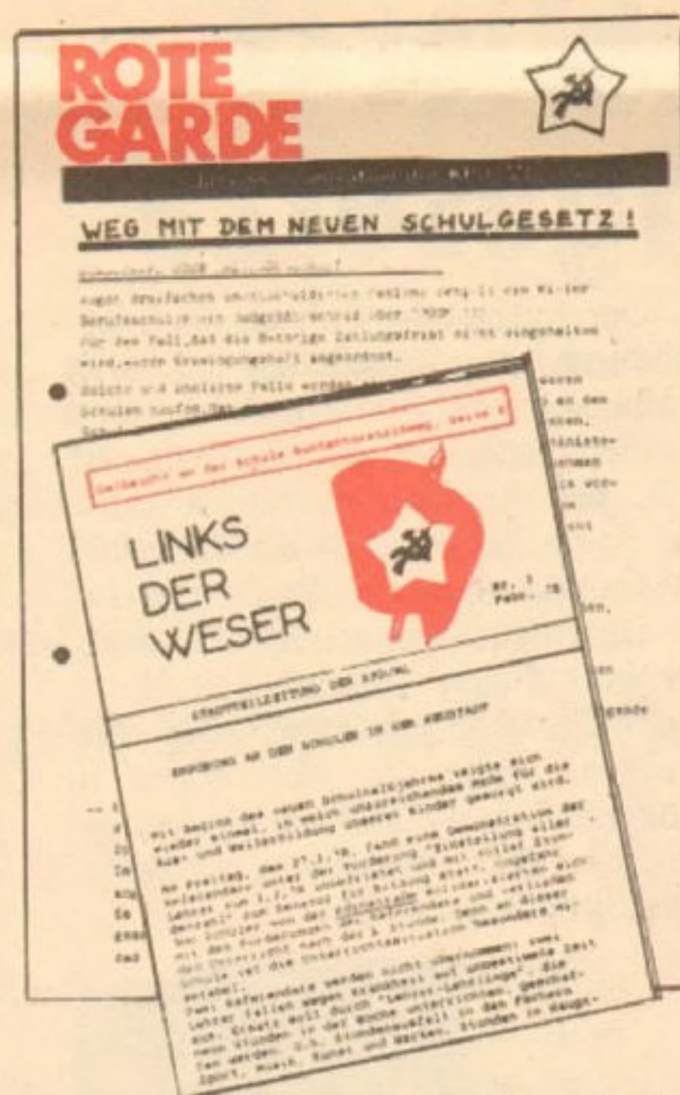
Was war geschehen? Die Lehrer-Referendare sind im Rahmen ihrer Ausbildung gezwungen, politische Seminare zu besuchen, die selbstverständlich in ihren Inhalten von den reaktionären Parteien bestimmt werden. In Sieversen unterrichtet die „Neue Gesellschaft" (SPD). Der Leiter des Seminars, Prof. Fischer, Mitglied der SPD in der Hamburger Bürgerschaft, forderte aus Anlaß der Schleyer-Entführung die Seminarteilnehmer zu einer offenen Diskussion auf. Dabei sagten einige Referendare ihre Meinung. Allerdings nicht die, die der Staat gerne hören will. Diese Äußerungen sind nun Gegenstand der „geheimen Untersuchung".

Als diese Gesinnungsschnüffelei durch Hetzartikel in der Presse bekannt wurde, protestierten sofort die Teilnehmer des betreffenden Hauptseminars geschlossen gegen die Anschuldigungen: „Für äußerst bedenklich halten wir nicht, wenn im Rahmen einer Diskussion jedermann freimütig seine Meinung sagt, auch wenn einige Meinungen (z. B. gegen das Kontaktsperregesetz und den Einsatz des Bundesgrenzschutzes in Mogadischu) den Auffassungen der Behörde widersprechen. Für äußerst bedenklich halten wir es, wenn Meinungsäußerungen im Rahmen einer Diskussion von der Schulbehörde anschließend zum Anlaß genommen werden, über einzelne Referendare politische Beurteilungen abzugeben und sie womöglich zu maßregeln. Wir sehen darin eine Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit für Referendare. Das nehmen wir nicht hin."

So weit ist es also. Bereits die Kritik an der Isolationshaft der RAF-Gefangenen, an dem Kontaktsperregesetz und dem mörderischen Einsatz des Bundesgrenzschutzes soll den Lehrern verboten werden. Ohne die „beschuldigten" Lehrer-Referendare auch nur anzuhören, wird „geheim" ermittelt und zu einem „Ergebnis der Untersuchung" gekommen, das dann der Springer Hetz-Presse zugespielt wird. Die sogenannten „Informanten" will die Schulbehörde natürlich nicht preisgeben. Allerdings schürt dieses Vorgehen des Staates, das an faschistische Zeiten erinnert, die Empörung unter den Lehrern. Der Widerstand gegen die Faschisierung wächst auch an den Hamburger Schulen.

Demonstrationen von Schülern und Lehrern

Am 6. 2. 78 demonstrierten in Kiel rund 4.000 Schüler gegen ein neues Schulgesetz, das nach dem Willen des Kultusministeriums am 1. 1. 79 in Kraft treten soll. Dieses Gesetz sieht die Einführung eines Numerus Clausus auch an weiterführenden Schulen und eine allgemeine Verschärfung der schulischen Ausleseverfahren vor. Vor allem aber ist es ein unerhörter Angriff auch auf die minimalsten Rechte der Schüler: Abschaffung auch noch der letzten Rechte der Schülervertretungen; Ordnungsstrafen für unentschuldigtes Fehlen und für die „Beeinträchtigung" der „Ordnung der Schule"; Ordnungsstrafen auch für Schüler, die in ihrer Freizeit, außerhalb der Schule, „Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung anwenden oder dafür eintreten"; Vertriebsverbot für Schülerzeitungen, die den „Schulfrieden" stören oder gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" verstoßen usw. usf. Kurz, mit diesem Gesetz soll eine faschistische Friedhofsruhe an den Schulen einkehren.



Die Schüler werden den Kampf gegen dieses Gesetz fortsetzen. Die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, steht in diesem Kampf in den ersten Reihen. Die Parole heißt: „Weg mit dem neuen Schulgesetz!"

In Bremen demonstrierten am 27.1.78 Referendare für die Einstellung aller Lehrer. 300 Schüler der Bremer Schule Kornstraße, an der die Unterrichtssituation besonders miserabel ist, solidarisierten sich und verließen nach der dritten Stunde den Unterricht. Gegen die Demonstranten kam es zu einem Polizeieinsatz, bei dem auch ein Schüler von der Polizei angegriffen wurde. Aber damit nicht genug. Auf Betreiben des Bremer Oberschulrats Eisenhauer denunzierte der Schulleiter der Schule Kornstraße alle 300 Schüler, die an diesem Kampf teilgenommen hatten! So weit sind wir also bereits, daß jetzt schon die Namen von Kindern in den Karteien der Behörden und des Verfassungsschutzes gesammelt werden!

Die Wahrheit über den "Not-Funk-Dienst"

Korrespondenz — Jeder CB-Funker (Amateurfunker) kennt den NFD (Not-Funk-Dienst). Diese Organisation nimmt für sich in Anspruch, Notrufe bei Unfällen etc. anzunehmen und weiterzuleiten, ortsfremde Autofahrer einzuweisen und andere gute und richtige Sachen zu machen.

Aber was tun diese „Wohltäter der Menschheit" in der Realität?

Bei den letzten Fahrpreis-Demonstrationen in Hannover wurden Leute vom NFD eingesetzt, um die Aktionen der Polizei zu unterstützen. Das wurde bekannt, weil einige Demonstranten auch Funkgeräte bei sich hatten, um sich untereinander zu verständigen. Dabei konnten sie auch die Funksprüche des NFD abhören. Dasselbe bei der AKW-Demonstration in Grohnde: Der NFD war da, bespitzelte die Demonstranten und sagt jetzt bei den Prozessen gegen die AKW-Gegner aus.

Aber nicht nur bei Demonstrationen wird der NFD von der Polizei eingesetzt. So bekam der NFD in Hannover die Aufgabe, einen dem Staat bekannten Kommunisten zu bespitzeln. Die Sache flog dadurch auf, daß einem NFD-Funker, der mit dieser Aufgabe betraut war, durch diesen Auftrag die Augen aufgegangen sind, und er danach aus dem NFD austrat.

Aber, so werden jetzt viele fragen, wie bekommt der NFD seine vielen Leute (es wird von 2.000 Mitgliedern gesprochen), wenn er für den Staat Denunziantendienste leistet? Dazu nur zwei Beispiele:

Hannover. Ein junger Kollege kauft sich ein Funkgerät. Der NFD macht sich an ihn heran und erfährt, daß dieser Kollege nicht viel Geld hat. Darauf folgt dieses Angebot: Der Kollege soll in den NFD eintreten (Monatsbeitrag 5 DM), dann bekommt er ein Auto mit Funkgerät gestellt und kann damit Einsätze und auch Privatfahrten machen. Für die Privatfahrten muß er nur den Sprit bezahlen. Steuern und Versicherung trägt der NFD. Der Kollege tritt in den NFD ein, und diese hält auch voll sein Versprechen. Der Kollege ist kurz nach dem Eintritt aber wieder ausgetreten, weil er den Laden durchschaut hatte.

Hildesheim. Ein junger Kollege kauft sich sein erstes Funkgerät und bekommt prompt Mist angedreht. Ein Funktionär des NFD erfährt das und hilft dem Kollegen, die Sache wieder geradezubiegen. Danach kommt folgendes Angebot: Der Kollege soll in den NFD eintreten, darf dann mit seinem Wagen Einsätze fahren und bekommt Kilometergeld. Außerdem sollte er ohne Formalitäten noch andere Funkfrequenzen zur Verfügung haben. Klingt gut, nicht? Der Kollege ließ sich jedoch nicht einlullen und trat nicht ein.

Im NFD sind viele offene Faschisten. Täglich kann man über Funk hören, wie sich Mitglieder des NFD über Funk mit „Heil Hitler" grüßen, wie sie als Standort z. B. „Hildesheim, Großdeutsches Reich" angeben usw. — Kein Wunder, daß bei vielen CB-Funkern der Haß auf diese faschistische Organisation wächst.



Arbeitertheater-Festival in Dortmund

„Unser Platz ist die Straße!"

... unter dieser Hauptlosung bereiten z. Zt. über zehn Agit-Prop-Trupps aus allen Teilen Westdeutschlands und Westberlins ihr erstes zentrales Treffen vor, das Arbeitertheater-Festival: „Wem gehört die Welt?" am 18. März in der Dortmunder Westfalenhalle III — ein Wettbewerb revolutionärer Theatergruppen und zugleich Erfahrungsaustausch über die Organisierung ihrer Arbeit. Eine erste wichtige Station beim Aufbau schlagkräftiger und massenwirksamer revolutionärer Straßentheatergruppen.

Zur Arbeitsweise der Agit-Prop-Trupps

In den vergangenen Monaten haben sich die verschiedenen Agit-Prop-Trupps mit großer Begeisterung und Energie in die Arbeit gestürzt: Aktuelle politische Themen, Auftritte werden diskutiert; kabarettistische Bilder, Sketche, kleine Szenen geschrieben; Gedichte, Lieder Satiren verfaßt; Masken, Transparente und andere Requisiten angefertigt ... alles Aktivitäten, um sich für ein lebendiges, revolutionäres Spiel auf Straßen, Märkten und Plätzen, vor Betrieben, in Häfen und in Jugendzentren usw. zu rüsten.

Dabei tüfteln die einzelnen Trupps ihre Stücke und Lieder selbstverständlich nicht wochenlang im stillen Kämmerlein aus. Nein, sie entwickeln ihre Auftrittsprogramme in Diskussionen mit Werktätigen. Lesen Flugblätter, Zeitungen, Romane. Studieren Verhaltens- und Vorgehensweisen verschiedener Personenkreise, wie z. B. Kapitalisten, Gewerkschaftsbonzen, Verräter in den Reihen der Arbeiterklasse, vor allem aber fortschrittliche und revolutionär kämpfende Arbeiter, um dabei charakteristische Züge herauszufiltern und die handelnden Personen im Spiel treffend und verständlich darzustellen.

Die Trupps widmen ihre Aufmerksamkeit aber nicht nur der Erarbeitung des Inhalts. Mehr und mehr versuchen sie, ihre schauspielerischen, kabarettistischen, pantomimischen und musikalischen Fähigkeiten zu entfalten, um dem revolutionären Inhalt auch eine angemessene, ansprechende und begeisternde Gestalt zu geben. Und wo Truppmitglieder selbst zu wenig Erfahrungen haben, besuchen sie — wie z. B. Genossen in Westberlin — Pantomimekurse, holen sich Rat bei Schauspielern oder gehen ins Theater, erlernen sie Instrumente (Trommel, Trompete, Akkordeon z. B.), die vor allem für Straßentheater von Interesse sind.

Agit-Prop-Trupps: Sprachrohr der Massen

Das Wichtigste aber für die Trupps sind ihre Auftritte auf Straßen und Plätzen: Hier stehen die Stücke zur Faschisierung, zur RGO, zu den Betriebsratswahlen, zur bürgerlichen Kultur usw. zur Diskussion. Die Massen selbst geben direkt ihr Urteil zum Inhalt und zum Spiel ab, und zwar auf die vielfältigste Weise: Sie bleiben stehen, wenn's was Interessantes zu hören und zu sehen gibt oder gehen gelangweilt weiter, wenn das Spiel trocken, farblos und schüchtern ausfällt; sie mischen sich ein, weisen Störer zurück und verteidigen die Spieler gegen Provokationen, wenn sie merken, daß das Stück für ihre eigenen Probleme Partei nimmt.

Gerade in diesem unmittelbaren Kontakt und der Auseinandersetzung mit der Meinung der Massen entwickelt sich die revolutionäre Arbeit der Agit-Prop-Trupps: Sie spielen für die Massen, ergreifen für sie Partei, entlarven die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung und zeigen ihnen den Ausweg, die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes für die Errichtung des Sozialismus.

Aus der praktischen Arbeit: Auftritte auf der Straße...

Beweis für die Erfolge solch einer Agit-Prop-Arbeit sind die jüngsten Erfahrungen bei Auftritten verschiedener Trupps. Hier Auszüge aus Berichten einzelner Agit-Prop-Trupps:

● Agit-Prop-Trupp Bochum: Seit Anfang Januar 1978 gibt es bei uns einen richtigen AP-Trupp. Wir haben uns sofort mit viel Begeisterung an die Arbeit gemacht. Die nächste Aufgabe für die Partei lag vor uns: Vorbereitung des 30. Januar, Kampftag gegen Reaktion und Faschismus. Also schrieben wir ein Stück zur Faschisierung; ein Stück über einen Faschingsball der oberen Zehntausend, bei dem zwei Staatsanwälte auftreten — einer in SS-Uniform, einer liberal aufgemacht. In der Unterhaltung der beiden wird klar, daß beide im Grunde dasselbe wollen und der Hitler-Staat und unsere heutige „Demokratie" dieselben Grundlagen haben.

Doch mit dem Schreiben des Stücks war es nicht getan: Kostüme mußten genäht, ein Schild mit der Aufschrift „Straßentheater" mußte hergestellt werden, eine Trommel wurde besorgt usw.

Am Samstag vor zwei Wochen ging's dann los: Bei einem Stand in der Herner Innenstadt wurde unser Stück zum ersten Mal aufgeführt. Und der Erfolg war fürs erste nicht schlecht: Rund 20 Leute blieben die ganze Zeit über (gut zehn Minuten) trotz eisigem Sturm stehen, zeitweise guckten 70 Menschen zu. Rund zehn „Rote Morgen" wurden verkauft, und ein ausländischer Kollege drückte uns seine Bewunderung aus und gab uns seine Adresse. Am folgenden Montag hörte sogar ein Genosse in einem Herner Krankenhaus, wie sich zwei Kollegen über das Stück unterhielten.

● Die Genossen vom Agit-Prop-Trupp „Roter Pfeffer", Westberlin, berichten ebenfalls von Auftritten auf der Straße, bei denen bis zu 100 Menschen zusahen, zum Teil nach dem Spiel lange mit den Genossen diskutiert und Vorschläge zur Verbesserung der Darstellung des Stückes gemacht haben. Auf dem Programm des „Roten Pfeffer" fürs Festival stehen u. a. Szenen zum Thema „Was will die RGO?" und ein Lied bzw. eine Pantomime zum berüchtigten „Kontaktbereichsbeamten".

● Das „Rote Sprachrohr" Hamburg: Gute Erfahrungen machten wir beim Spiel des Kieler Antifaschisten-Stückes (ausführlicher Bericht in „Die Rote Garde" 12/77) anläßlich des Prozesses gegen Klaus Reese. Zeitweilig blieben zwischen 80 und 100 Zuschauer stehen.

Das Stück beginnt mit dem Auftritt eines Faschisten, und manche Leute gerieten darüber in große Wut, weil sie anfangs dachten, es spräche wirklich ein Faschist. Nach jeder Aufführung bildeten sich riesige Diskussionstrauben. Unmittelbar vor einem Auftritt flogen vom Dach eines Kaufhauses noch Zettel, die zum Freispruch für Klaus aufriefen; dadurch erreichten wir zusätzlich Aufmerksamkeit. Insgesamt können wir sagen, daß wir durch das Stück eine große Anzahl Menschen über die politischen Prozesse in der Bundesrepublik informiert haben; viele nahmen die Flugblätter der Partei und führten einige Diskussionen mit uns.

Mit einem anderen Stück „Gelbsucht in Lurup", bei dem der Bazillus „Gelbsucht" in Menschengestalt auftrat, unterstützten wir die Stadtteilzelle Hamburg-Lurup bei der Entlarvung von Mißständen im kapitalistischen Gesundheitswesen.

... und Vorbereitung des Festivals

● Andere Trupps berichten über ihr Programm zum Festival: „Das Rote Sprachrohr" Kiel und „Die Distel" aus Kassel arbeiten u. a. an Szenen zur anstehenden Betriebsratswahl; die „Roten Reporter" Bremen und der Agit-Prop-Trupp Dortmund gehen in Liedern oder Szenen auf Polizeiterror, Klassenjustiz, politische Unterdrückung ein, während sich die „Rote Kolonne" Frankfurt ein Programm zur bürgerlichen Kultur zusammenstellt, der Agit-Prop-Trupp „Kolonne links" das Thema Arbeitslosigkeit und der Duisburger AP-Trupp die Situation im Gesundheitswesen behandelt.

Das alles aber deutet nur in kleinem Umfang an, mit welch reichem Programm — angefangen von lustigen Couplets, Satiren, Kabarettszenen bis zu pantomimischen Darbietungen und selbstgedichteten neuen Liedern — die verschiedenen Agit-Prop-Trupps die Zuschauer bei ihren Auftritten auf der Straße, insbesondere jedoch beim Festival unterhalten und begeistern wollen.

Besonderer Ansporn für die Ausarbeitung des Programms war auch der Preis, der für den besten Agitprop-Trupp ausgesetzt ist: eine Gastspielreise in die SVR Albanien! Daneben werden wertvolle Preise für den 2. und 3. siegreichen Agitprop-Trupp vergeben. Ausgezeichnet wird außerdem jede einzelne Disziplin, wie z. B. die beste Szene, das beste Lied oder die beste Pantomime.

Agit-Prop-Theater: Ein wichtiger Teil der revolutionären Kulturkampffront

Einen entscheidenden, vorwärtstreibenden Impuls für die revolutionäre Agit-Prop-Arbeit gab und gibt das Referat des Genossen Ernst Aust „Eröffnet die revolutionäre Kulturkampffront!". Vor allem darum, weil es die wesentlichen theoretischen Grundlagen für die heutige revolutionäre Kulturarbeit legt, sie mit dem praktischen Kampf verbindet und die nächsten Schritte zum Aufbau einer umfassenden Kulturfront organisiert (wie augenblicklich die Organisierung des Agit-Prop-Wettbewerbs).

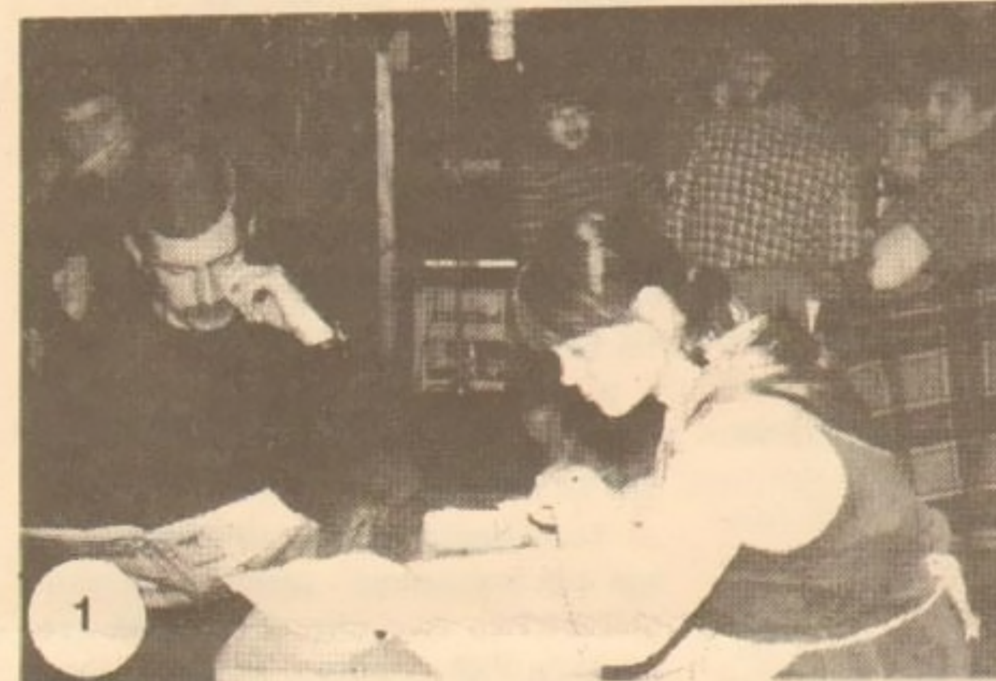
Die Diskussion der Rede des Genossen Ernst Aust und die Vorbereitungen des Festivals bringt nicht nur neuen Schwung in die revolutionäre Agit-Prop-Bewegung, die die KPD/ML — anknüpfend an die Tradition der KPD Ernst Thälmanns — seit ihrer Gründung in Westdeutschland und Westberlin fortsetzte, sondern regt auch andere Laienspiel- und fortschrittliche Theatergruppen an, ihre Arbeit neu zu durchdenken und sie mehr als bisher in den Dienst der revolutionären Arbeiterklasse zu stellen.

Besonders aber machen sich überall die Genossen der Agit-Prop-Trupps der Partei Gedanken über Arbeit, Organisation und Nutzen revolutionärer Straßentheatergruppen, über die hervorragenden Möglichkeiten, durch die Agit-Prop-Theater breite Massen zu erreichen. Sie merken, daß oft der Aufwand, für eine einzige Aufführung an einem einzigen Ort Stücke zu schreiben oder einzuüben, in keinem Verhältnis zur Effektivität steht. Und sie stellen fest, daß man für eine gründliche und erfolgversprechende Arbeit Zeit braucht. Zeit, sich mit Mitteln und Möglichkeiten des revolutionären Straßentheaters zu beschäftigen; vor allem aber Zeit, um mit Phantasie und neuen Ideen Agitation und Propaganda für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu betreiben.

Vorwärts beim Aufbau revolutionärer Agit-Prop-Trupps — Sprachrohr der Massen im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Um die Spannung auf die vielfältigen Produktionen der AP-Trupps fürs Festival nicht zu zerstören, wollen wir im Augenblick keine Stücke oder Lieder veröffentlichen, die für den Wettbewerb bestimmt sind. In Auszügen möchten wir aber einen Bildbericht vorstellen, den Genossen der „Roten Kolonne" Frankfurt von ihrem Stück „Ich würde ja was machen, aber die anderen!?" gemacht haben. Das Stück wurde zu Silvester 1977 aufgeführt.

Zum Inhalt:



Szene 1: Jungarbeiter Heinz hat Probleme. Die Familie muß ernährt, eine neue Wohnungseinrichtung abbezahlt werden, aber alles wird teurer, und der Lohn sinkt. Seine Frau schlägt vor, endlich im Betrieb für eine richtige Lohnerhöhung einzutreten. Heinz wehrt ab: „Ich würde ja was unternehmen, aber die anderen, die wollen doch nicht! Da kann man eben nichts machen!"

Szene 2: Auch das noch! Heinz wird vom Stammwerk nach Griesheim ins Zweigwerk versetzt. Das bedeutet eine weitere Lohneinbuße. Er ist stinkwütend. Man schuftet und schuftet, und am Ende hat man trotzdem immer weniger. Seine Kollegen raten ihm, zum Betriebsrat zu gehen.



Szene 3: Das mit dem Betriebsrat war kein guter Vorschlag. Der faselt nur, die wirtschaftliche Lage sei sehr schlecht, und Heinz sollte froh sein, nicht entlassen zu werden. Denn 26 Entlassungen habe er schon zustimmen müssen, „um die anderen Arbeitsplätze wenigstens zu sichern..."

Szene 4: Aus Trotz und Wut darüber, wie er fertig gemacht wird, kauft Heinz vor dem Tor diesmal nicht „Bild", sondern den „Roten Morgen". Seine Kollegen sind verwundert. Heinz mit einer Zeitung von den Kommunisten? Bisher hat er doch immer CDU gewählt?!



Szene 5: In der Kantine liest Heinz den RM. Dadurch wird ein Parteigenosse auf ihn aufmerksam. Sie kommen ins Gespräch. Heinz gibt wieder zu bedenken, er würde ja was machen, „aber die anderen?". Der Genosse erwidert, daß es im Betrieb bereits eine Gruppe von fünf anderen Kollegen gibt: „Auch die haben zunächst an den anderen gezweifelt. Aber sie haben gemerkt, daß sich ohne gemeinsamen organisierten Kampf nichts ändert. Schließlich konnten sie noch weitere Kollegen zur Mitarbeit gewinnen." Heinz wird nachdenklich und meint: „Hm, dann könnte ich vielleicht auch dabei sein" (Bild 3).

Szene 6: Eine Woche später... Ein Flugblatt der Betriebsgruppe wird verteilt. Die Kollegen wissen, daß Heinz daran beteiligt war. Heinz, der bisher nie besonders aufgefallen ist und sogar immer die CDU wählte, hat den Kampf aufgenommen. Das interessiert sie auch. Sie werden mit Heinz darüber reden...

* * *

Bei diesem Stück haben die Genossen zum ersten Mal Clowns eingesetzt. Sie geistern überall herum: als Ansager, Moralisten, Kulissenschieber und natürlich als Spaßmacher. Sie übernehmen sogar einige Rollen in den Szenen selbst, etwa als Zeitungsverkäufer vor dem Tor (Bild 4) oder als Betriebsrat (Bild 2). Dazwischen immer wieder Gedichte, Verse, Späße. Auch einige Sketche, die einzelne Szenen des Stücks verallgemeinern. So z. B. bei Szene 2, in der besonders herausgestellt wird, wie der Arbeiter Heinz von den Kapitalisten ausgepreßt wird:

Clown 1: **„O je, sind wir aber durstig."** (Zu Clown 2:) **„Hol etwas Bier!"** Clown 2 holt Bier und will trinken, doch Clown 1 nimmt ihm das Bier weg und trinkt es aus. Er meint befriedigt: **„Wunderbar. Geht es uns nicht gut?" Fazit: Das kennen wir doch. Die Kapitalisten erzählen von unserem Wohlergehen. Aber abkassieren tun sie! (Bild 5).**



Die Clowns beenden auch das Stück. Auf die Frage, brav alles zu erdulden und zu verzweifeln oder den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen, schließen sie mit den Worten: **„Weicht ihr nur aus mit List und Schläu', das Leben stellt die Frage neu!"**

Aus aller Welt

Spanien: Anwachsen der Streikkämpfe

24.000 Bergarbeiter des staatlichen UNOSA-Konzerns stehen seit dem 9. Februar im Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Das reaktionäre Regime hat ihre Forderungen abgelehnt mit der Begründung, sie entsprächen nicht dem Pakt von Moncloa. Diesen arbeiterfeindlichen Sozialpakt hatte das Regime vor wenigen Monaten mit den bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften, darunter auch den revisionistischen, geschlossen, um der Arbeiterklasse einen Lohnstopp aufzuzwingen.

Am 10. Februar haben die Werktätigen der Verkehrsbetriebe von Navarra einen Streik begonnen. Ebenfalls im Ausstand stehen 53.000 Postbedienstete. In diesem Monat haben auch die Landarbeiter auf nationaler Ebene Aktionen unternommen, um die Einfuhr von Wein und damit die Ruinierung der kleinen inländischen Weinproduzenten zu verhindern. Am 10. Februar besetzten sie die Verwaltungsstellen einer Reihe von landwirtschaftlichen Gesellschaften. Das Regime setzte gegen die Landarbeiter in einigen Fällen die berüchtigte Guardia Civil ein.

Schweiz: Berufsverbot soll eingeführt werden

Nach dem Vorbild des reaktionären „Modells Deutschland" will jetzt auch die Bourgeoisie der Schweiz das Berufsverbot einführen. Wie die Regierung in Bern erklärte, sind „Lehrkräfte, die die gewaltsame Beseitigung unserer Staatsform anstreben, für den Lehrerberuf nicht geeignet".

Philippinen: Moskau liefert Atomkraftwerk

Die russischen Sozialimperialisten verstärken ihre Beziehungen zu dem faschistischen Marcos-Regime auf den Philippinen. Wie die Frau des Diktators, die gleichzeitig Gouverneurin der Hauptstadt ist, mitteilte, will Moskau dem Regime ein Atomkraftwerk verkaufen. Ende des letzten Jahres hatte schon der Moskauer Vasall Honecker die Philippinen besucht und das faschistische Terrorregime in den höchsten Tönen gelobt.

Simbabwe: Verräter schließen Pakt mit den Rassisten

Das rhodesische Rassistenregime hat mit drei sogenannten „gemäßigten Nationalistenführern", dem Bischof Muzorewa, dem Pastor Sithole und dem Häuptling Chirau ein Abkommen über eine künftig zu bildende Regierung geschlossen. Danach soll eine Wahlfarce durchgeführt werden, um die schwarzen Verräter in die Regierung zu hieven. Mit diesem Manöver wollen die Rassisten eine „Übergabe der Macht an die schwarze Mehrheit" vortäuschen. Gleichzeitig machte Rassistenchef Smith jedoch klar, daß die Schalthebel in Wirtschaft und Verwaltung ebenso wie Armee und Polizei weiterhin in den Händen der Rassisten bleiben würden.

Die simbabwischen Patrioten haben dieses Manöver entschieden abgelehnt und erklärt, sie würden bis zur vollständigen Befreiung des Landes am bewaffneten Kampf festhalten.

US-Bergarbeiter: Der Kampf geht weiter!

Der Streik der amerikanischen Bergarbeiter geht weiter. Ein zwischen den Kohlebaronen und den reaktionären Führern der Bergarbeitergewerkschaft (UMW) abgeschlossener Vertrag wurde schon von der Tarifkommission abgelehnt. UMW-Boß Miller hatte sich geweigert, an der Sitzung der Kommission teilzunehmen — aus „Angst um sein Leben", wie es hieß. Schon seit Monaten läßt sich dieser Reaktionär nicht mehr ohne eine mehrköpfige Leibwache sehen.

Es sind die Arbeiter, vor denen sich die Miller und Co. fürchten. Denn der von den UMW-Bonzen ausgehandelte Vertrag sah unter anderem vor: „Wild" streikende Arbeiter sollen mit Geldbußen bestraft werden, die Kumpel sollten einen großen Teil der Kosten für die Krankenversicherung tragen, nicht mehr das Recht haben, örtliche Streiks zu führen usw.

Dieser Vertrag stieß auf die breite Empörung der kämpfenden Arbeiter. Mehrere hundert Kumpel stürmten in Washington die Gewerkschaftszentrale, um die verräterischen Bonzen zur Rechenschaft zu ziehen. Um den Kampf der Arbeiter zu brechen, hat sich jetzt auch Präsident Carter eingeschaltet. Die Tarifverhandlungen werden jetzt direkt im Weißen Haus geführt. Carter ließ einen Notstandsplan ausarbeiten und drohte mit der Anwendung des reaktionären Taft-Hartley-Gesetzes. Danach kann ein Streik für 80 Tage verboten werden, können Streikposten unter Strafe gestellt werden usw.

Aber die Bergarbeiter haben mehr als einmal bewiesen, daß sie sich ihren Kampf nicht einfach verbieten lassen. Schon der Versuch des Präsidenten Truman, den großen Streik der Kumpel von 1950 mit dem Taft-Hartley-Gesetz zu zerschlagen, war gescheitert. So geht jetzt die amerikanische Bourgeoisie immer mehr mit reaktionärer Gewalt gegen die Arbeiter vor. Im Staat Indiana ist schon die berüchtigte Nationalgarde zu Streikbrecherdiensten eingesetzt worden. In den anderen Staaten werden Kohletransporte unter den Schutz schwerbewaffneter Polizeitruppen gestellt.



Von Streikenden zerstörte Lastwagen.

Trotzdem ist es den Arbeitern gelungen, 75 Prozent der gesamten Kohleproduktion des Landes zum Erliegen zu bringen. Sie haben Brücken und Hafenanlagen, über die Streikbrecher-Kohle transportiert wurde, in die Luft gejagt. Sie haben Kohletransporte auf den Straßen mit bewaffneten Trupps angegegriffen und die Lastwagen zerstört. In diesem Streik, dem größten in der Geschichte des Kampfs der Bergarbeiter, zeigt sich die große Kraft der amerikanischen Arbeiterklasse, die weder der Terror der Bourgeoisie noch der Verrat der reaktionären Bonzen brechen kann.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

130 Jahre Kommunistisches Manifest

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch !

Mit den 500 Broschüren in deutscher Sprache, die um den 24. Februar 1848 von einer kleinen Druckerei in London aus verschickt wurden, begann der Siegeszug des ersten revolutionären Programms der Arbeiter aller Länder. „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Dieser Schlachtruf ersetzte von nun an die Parole „Alle Menschen sind Brüder", die von den ersten selbständigen Arbeiterorganisationen auf ihre Fahnen geschrieben worden war. Die Arbeiterklasse erhielt damit das wissenschaftliche Rüstzeug, um alle trügerischen Predigten von Klassenharmonie zu durchschauen und im Kampf für ihre Klasseninteressen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für allemal abzuschaffen.

Das „Kommunistische Manifest" war keine „Schreibtischgeburt". Nicht zufällig fiel sein Erscheinen mit dem Ausbruch der Februarrevolution in Paris zusammen. 1848 gärte es in ganz Europa. Die alten feudalen Regime wankten. Die Bourgeoisie griff nach der politischen Macht, während sich hinter ihrem Rücken drohend das Proletariat erhob, bereit, die Fesseln der Ausbeutung zu sprengen.

Marx und Engels nahmen helfend, lenkend und organisierend am Klassenkampf des Proletariats teil. Nachdem sie dem „Bund der Gerechten", einer Organisation deutscher Arbeiter und Handwerker, geholfen hatten, viele unreife, illusionäre und kleinbürgerliche Ideen zu überwinden, traten sie ihm 1847 bei. Sie wurden von der Zentralbehörde des Bundes, der sich von nun an „Bund der Kommunisten" nannte, beauftragt, für die Organisation ein revolutionäres Programm auszuarbeiten. Im März 1848 wurde schließlich Marx in Brüssel die Leitung des Bundes der Kommunisten übertragen.

Bei der Ausarbeitung des „Kommunistischen Manifestes" ging es Marx und Engels darum, daß die Arbeiterklasse ihre eigene historische Rolle klar erkennt, um nicht erneut, wie in vorangegangenen Revolutionen, im Schlepptau der Bourgeoisie den Feudalismus zu bekämpfen, sich für die Interessen der Bourgeoisie aufzuopfern, um nachher machtlos dieser neuen Ausbeuterklasse ausgeliefert zu sein. Der bürgerlichen Ideologie mußten die Grundsätze der proletarischen Weltanschauung gegenübergestellt werden. Das Proletariat mußte sich seine eigenen politischen Kampfziele setzen, um beim Sturz des Feudalismus die politische Führung der Revolution zu erkämpfen und danach die Waffen gegen die Bourgeoisie zu kehren.

Der Klassenkampf ist die Triebkraft

Wird die Geschichte von Gott gelenkt? Ist sie das Werk „großer Männer"? Oder sind die Theorien, die Vorstellungen der Menschen die Triebkräfte der Geschichte? Marx und Engels antworten: **„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen."** Heute ist es vor allem der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse, der die Geschichte bestimmt.

Die Kapitalisten möchten uns einreden, daß es immer arme und reiche Menschen gegeben hat, daß immer eine Minderheit dazu berufen ist, die Produktion zu leiten und über die Reichtümer zu verfügen, daß also die Herrschaft der Kapitalistenklasse nie aufhören dürfe. Mit beißendem Spott entgegnen Marx und Engels der Bourgeoisie: **„Die interessierte Vorstellung, worin ihr eure Produktions- und Eigentumsverhältnisse aus geschichtlichen, in dem Lauf der Produktion vorübergehenden Verhältnissen in ewige Natur- und Vernunftgesetze verwandelt, teilt ihr mit allen untergegangenen herrschenden Klassen."**

Sturz der Bourgeoisie! Arbeitermacht! Was bisher nur eine Hoffnung, ein Wunschtraum vieler Arbeiter war, wurde nun also im „Kommunistischen Manifest" wissenschaftlich begründet als unvermeidliches gesetzmäßiges Ergebnis des Klassenkampfes im Kapitalismus. Marx und Engels wiesen nach, daß mit der Entwicklung des Kapitalismus, mit dem Wachstum der Industrie das Privateigentum an den Produktionsmitteln zum Hemmschuh der Produktion und der gesellschaftlichen Entwicklung wird. Bei jeder Überproduktionskrise zeigt sich kraß, daß die Bourgeoisie sogar unfähig ist, „ihren Sklaven die Existenz selbst innerhalb der Sklaverei zu sichern". Doch mit der Entwicklung der Industrie produziert die Bourgeoisie „vor allem ihre eigenen Totengräber" — das Proletariat.

Dem Proletariat gehört die Zukunft

„Die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft sind schon vernichtet in den Lebensbedingungen des Proletariats." Denn die Arbeiter haben nichts, womit sie andere Menschen ausbeuten könnten. Die Beseitigung der Ausbeutung, die Aufhebung der Klassen ist das einzige Interesse der Arbeiterklasse. Deshalb schreiben Marx und Engels: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse".

Ein Proletariat gibt es doch heute nicht — so versuchen die bezahlten Schreiberlinge der Kapitalistenklasse heute das gefürchtete „Kommunistische Manifest" abzuwerten. Aber abgesehen von Autos, Waschmaschinen usw., ohne die es in vielen Arbeiterfamilien nicht geht, hat sich etwas daran geändert, daß die Arbeiter mit ihrer täglichen Arbeit den Reichtum der Kapitalisten vermehren und nicht über die Fabriken und Maschinen verfügen? Nein, der Kampf zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse um Lohnerhöhung, gegen politische Unterdrückung usw. ist nichts anderes als ein „mehr oder minder versteckter Bürgerkrieg", der durch keine Tricks erstickt werden kann, sondern sich bis zu dem Punkt zuspitzt, **„wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet."** Daß die Arbeiterklasse nicht im Rahmen des bürgerlichen Staates an die Macht kommen kann, bekräftigt Engels 24 Jahre später noch einmal in seinem Vorwort zum „Kommunistischen Manifest": **„Namentlich hat die Kommune (der Aufstand der Pariser Arbeiter 1871) den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann."**

Marx und Engels entwickelten bereits zu dieser Zeit den Grundgedanken, daß das Proletariat nach der Revolution seine Diktatur über die ehemaligen Ausbeuter ausüben muß, bis die Klassen aufgehoben sind. **„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisieten Proletariats, zu zentralisieren."**

Eine revolutionäre Partei ist notwendig

Warum braucht die Arbeiterklasse ihre kommunistische Partei, um den Sieg zu erringen? Das „Kommunistische Manifest" beantwortet auch diese Frage: **„Die Kommunisten sind der praktisch entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder, sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."**

Bedeutet dies, daß die Kommunisten den Massen ihre Idee „aufzwingen" wollen, daß sie ihr „Parteisüppchen" kochen wollen? Nein. **„Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen."** Was die Kommunisten auszeichnet, ist gerade, daß sie die „von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben" und „stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten."

Die Kommunisten setzen sich konsequent für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ein. Im Manifest heißt es: **„Sie (die Kommunisten) kämpfen für die unmittelbaren und vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse."** Aber sie bleiben dabei nicht stehen. **„Sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung."** Den Kampf für den Sozialismus und den endgültigen Sieg der Sache des Kommunismus auf der ganzen Welt. „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung."

Das Manifest — noch heute aktuell!

1884 schreibt Engels: **„Nie hat sich ein taktisches Programm so bewährt wie dieses. Aufgestellt am Vorabend einer Revolution, hielt es die Probe dieser Revolution aus, wo seit jener Zeit eine Arbeiterpartei von ihm abwich, strafte sich jede Abweichung..."** Bis heute stellt das „Kommunistische Manifest" eine Scheidelinie dar, die wirkliche Kommunisten von solchen trennt, die den Kommunismus als Aushängeschild benutzen. Zwar geißelt das „Kommunistische Manifest" opportunistische Strömungen, die inzwischen von der Bildfläche verschwunden sind, doch die Einschätzung gilt auch für die heutigen Opportunisten und Revisionisten: „Sie suchen ... konsequent den Klassenkampf wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln." Sie verhindern es, „bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten".

Durch den Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium, durch den Verrat der Sozialdemokraten und der modernen Revisionisten war es notwendig, daß die deutschen Kommunisten auf der Grundlage der Prinzipien des „Kommunistischen Manifests" neue revolutionäre Programme ausarbeiteten — und in diesem Sinne ist das Programm der KPD/ML das heutige „Manifest" der deutschen Kommunisten. Doch an Aktualität hat das „Kommunistische Manifest" auch heute nichts eingebüßt. Damals wie heute vermittelt es in geraffter Form das ABC des Kommunismus. Nicht umsonst ist es das Buch, das an unseren Büchertischen und in unseren Buchläden am häufigsten von Werktätigen und Jugendlichen verlangt wird, wenn sie sich über den Kommunismus gründlicher informieren wollen. Noch immer, 130 Jahre nach der Veröffentlichung des „Kommunistischen Manifests", steht vor der deutschen Arbeiterklasse die Aufgabe, seine grundsätzlichen Ziele zu verwirklichen!

Vorster-Regime verschärft Rassengesetze

„Wer Jude ist, das bestimme ich!" So tönte einst der faschistische Henker Göring. Und daran fühlt man sich erinnert, wenn man die folgende Meldung aus Südafrika hört: Nach dem Erlaß der neuen Rassengesetze mußten 144 Personen offiziell ihre Rasse wechseln. So wurden etwa neun Weiße zu Mischlingen „zurückgestuft". 16 Inder sind mit einem Federstrich der Rassistenbehörden zu Mischlingen, 22 Malaien zu Indern geworden usw. usf.

So verfügt das Regime in faschistischer Selbstherrlichkeit darüber, wer welcher Rasse angehört. Und für die Betroffenen hat das weitreichende Folgen. So verlieren nach den neuen Gesetzen alle Schwarzen des Landes ihre Staatsbürgerschaft. Das bedeutet, daß sie jetzt vollständig rechtlos sind, vom Regime in Pretoria deportiert werden, in Konzentrationslagern zusammengepfercht werden können. Entrechtete Zwangsarbeiter in ihrem eigenen Land — das sind die Angehörigen des Volkes von Azania jetzt auch nach dem Gesetz.

Und immer mehr verschärft das Regime den faschistischen Terror, um den gerechten Kampf dieses Volkes im Blut zu ersticken. So enthüllte kürzlich ein Deserteur der Rassistenarmee, daß zur Niederschlagung von Demonstrationen, Streiks und anderen Massenkämpfen Sondereinheiten dieser Armee aufgestellt wurden. Eine davon ist die „Soweto Task Force", die auch mit westdeutschen Waffen ausgerüstet ist. Der Deserteur berichtete über einen Einsatz: „Wir hielten 200 Meter vor den Aufständischen an, und der kommandierende Offizier forderte die Gruppe von Schwarzen auf, sich innerhalb von drei Minuten zu zerstreuen, da eine Versammlung nach dem Aufruhrgesetz verboten sei.



Die Werktätigen Azanias im Kampf gegen das Vorster-Regime

Falls die Leute sich nicht zerstreuten, wurde scharf geschossen, und zwar gezielt auf Anführer, die bei früheren Anlässen identifiziert worden waren. Falls sich die Leute nach mehrmaliger Wiederholung immer noch nicht zerstreuten, wurden die automatischen Waffen eingesetzt. Uns wurde befohlen, dann wahllos in die Menge zu schießen. Nach dem Einsatz wurden alle Leichen auf Lastwagen geladen und die Geschoßhülsen sorgfältig eingesammelt." Es sind Patronen aus den westdeutschen Waffenschmieden, mit denen die Werktätigen Azanias hingemordet werden. Und es sind die Interessen auch der Bonner Imperialisten, für die sie sterben müssen. Denn Siemens, VW, Mannesmann und all die anderen Monopole Westdeutschlands, die ihre Filialen in Südafrika errichtet haben, scheffeln Superprofite aus der Ausbeutung der schwarzen Arbeitssklaven. Deshalb stützen sie mit Waffen und Krediten das faschistische Blutregime, das jeden Streik, jede Demonstration dieser Arbeiter grausam unterdrückt und ihnen so ihre Profite garantiert.

Es ist erst ein paar Wochen her, da reiste der IGM-Boß Loderer nach Südafrika. Um den unterdrückten Schwarzen in ihrem gewerkschaftlichen Kampf zu helfen? Nein, dieser Reaktionär benutzte seine Reise, um massiv gegen einen Wirtschaftsboykott des Rassistenregimes, wie er von den Werktätigen Azanias gefordert wird, zu hetzen. Kein Wunder: Denn ein solcher Boykott würde ja auch die Profite der westdeutschen Monopole schmälern, und Loderer ist schließlich selbst Aufsichtsrat von VW.

Namibia
Das Volk will die wirkliche Unabhängigkeit

Gegenwärtig verhandeln die Außenminister der fünf westlichen Mitgliedsländer im UNO-Sicherheitsausschuß abwechselnd mit einem Mitglied des südafrikanischen Rassisten-Regimes und mit einem Vertreter der namibischen Patrioten. Sie wollen — so sagen sie — die Weichen stellen für eine sogenannte friedliche Lösung der Namibia-Frage, die Voraussetzungen schaffen für die Unabhängigkeit des Landes noch in diesem Jahr.

Worum geht es? Namibia, im Südwesten Afrikas gelegen, war bis zum ersten Weltkrieg eine Kolonie des deutschen Imperialismus. Nach Kriegsende wurde das Land von den südafrikanischen Rassisten besetzt, die seitdem dort ihr Terror-Regime errichtet haben. Das Volk von Namibia hat sich niemals mit der Herrschaft der Besatzer zufrieden gegeben. Immer mehr Menschen griffen zu den Waffen und traten den Truppen der Rassisten entschlossen entgegen, um im bewaffneten Kampf das Land zu befreien.

Auf den Aufschwung des Volkskriegs in den letzten Monaten reagierten die Rassisten einerseits mit der Verschärfung ihres faschistischen Terrors gegen das Volk. Andererseits leiteten sie sogenannte Friedensinitiativen ein, wie die Verhandlungen, die jetzt geführt werden. Aber weder ihnen noch ihren imperialistischen Hintermännern geht es dabei tatsächlich um Frieden und Unabhängigkeit. Sie reden jetzt davon, noch in diesem Jahr Wahlen in Namibia durchzuführen. Aber diese Wahlen sollen unter den Bajonetten der Besatzertruppen abgehalten werden. Und das Vorsterregime will auf diesem Wege eine Marionettenregierung in Namibia einsetzen. Darüber hinaus haben die Rassisten klargemacht, daß sie einen Teil des Territoriums, nämlich das Gebiet um den einzigen natürlichen Hafen des Landes, die Walfisch-Bucht, weiter unter direkter kolonialer Herrschaft halten wollen.

Diesem durchsichtigen Manöver einer scheinbaren Unabhängigkeit haben die westlichen Imperialisten zugestimmt. Sie spielen sich auf als „ehrliche Makler" zwischen den Rassisten und dem Volk von Namibia. In Wirklichkeit jedoch geht es ihnen darum, die Reichtümer Namibias auch weiterhin hemmungslos auszuplündern. Es sind vor allem die reichen Uranvorkommen, die ihre Gier geweckt haben. Neben den amerikanischen sind auch heute schon die westdeutschen Monopole an der Ausbeutung des Urans beteiligt. Sie haben eine „Urangesellschaft" gebildet, hinter der neben dem Staatsmonopol Veba solche Konzerne wie Siemens, Thyssen und Krupp stehen.

Daß die westdeutschen Imperialisten bereit sind, für ihre Profite über Leichen zu gehen, haben sie auch in Namibia bewiesen. Im letzten Jahr wurde bekannt, daß die chemischen Kampfstoffe, mit denen die südafrikanischen Rassisten ihren Giftkrieg gegen das namibische Volk führen, aus den Arsenalen der Farbwerke Hoechst stammen.

Die demagogischen Manöver der Rassisten und ihrer Hintermänner können das namibische Volk nicht vom Kampf abhalten. Auch in den letzten Wochen wurden wieder erfolgreiche Aktionen der Partisanen gemeldet. So griffen die bewaffneten Kräfte des Volkes nördlich von Windhuk eine Militärstreife der Rassisten an und vernichteten sie. Allein in der ersten Januarhälfte wurden elf Soldaten des Vorster-Regimes getötet. Das namibische Volk ist fest davon überzeugt, daß die Rassisten niemals freiwillig auf ihre Macht verzichten werden, daß niemals das Volk seine Unabhängigkeit als Geschenk aus Washington oder Bonn bekommt. Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg, um dem Volk die Freiheit und eine wirkliche Unabhängigkeit zu bringen.

Italienische Revisionisten
Sozialpakt mit dem Kapital

Umfassende Angriffe auf die Arbeiterklasse beschloß in der letzten Woche der von den Revisionisten der KPI beherrschte Kongreß der italienischen Gewerkschaften. Es war kein Zufall, daß dieser Kongreß zu der gleichen Stunde tagte, in der Vertreter der christdemokratischen Regierung mit den Führern der KPI um ein gemeinsames Regierungsprogramm schacherten. Ministerpräsident Andreotti selbst machte seine Entscheidungen vom Ausgang des Kongresses abhängig. Und die Revisionisten wollen sich mit der von ihnen durchgepeitschten „Kursänderung" in den Gewerkschaften die Beteiligung an einer Koalition mit den Christdemokraten erkaufen.

Und so sieht der neue Kurs aus, den die KPI den Arbeitern aufzwingen will: Künftig sollen in den italienischen Betrieben die Lohnkosten drastisch gesenkt werden, die Arbeiter und Angestellten sollen also empfindliche Lohnsenkungen hinnehmen. Weiter sollen die Werktätigen zu „größerer Mobilität" verpflichtet werden. Was das bedeutet, sagte der revisionistische Gewerkschaftsboß Lama in aller Offenheit: „Wenn Betriebe in Schwierigkeiten sind, müssen sie das Recht haben, Beschäftigte zu entlassen."

Doch damit nicht genug: Die Werktätigen sollen auch noch erhebliche Steuererhöhungen und ein Heraufsetzen der Tarife in den öffentlichen Diensten hinnehmen. Schließlich fordern die revisionistischen Verräter auch eine „neue Definition des Streikrechts". Und wer kann, wenn er die anderen Teile dieses reaktionären Pakts betrachtet, daran zweifeln, daß mit dieser Formulierung nur die Ankündigung einer weitgehenden Einschränkung des Streikrechts gemeint sein kann?

Mit einer unverschämten Demagogie, wie man sie sonst nur aus dem Mund der Konzernherren hört, verteidigte Lama dieses massenfeindliche Abkommen. Frontal griff er die italienischen Arbeiter an und machte sie verantwortlich für die Vertiefung der kapitalistischen Krise. Der Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze, so tönte dieser Reaktionär, hätte dazu geführt, daß Millionen, vor allem Jugendliche, jetzt ohne Arbeit dastünden. So versuchte dieser feine Herr, die Arbeiterklasse zu spalten in Arbeitslose und solche Arbeiter, die noch eine Beschäftigung haben.

Damit stellen sich die Revisionisten vollständig in den Dienst der reaktionären bürgerlichen Propaganda, die schon seit langem die demagogische Behauptung aufstellt, es gäbe heute in Italien zwei neue Klassen, nämlich die beschäftigten und die arbeitslosen Werktätigen. Mit einer solchen Demagogie will die Bourgeoisie einerseits verhindern, daß sich alle Arbeiter und die übrigen Werktätigen in einer gemeinsamen revolutionären Front gegen die Folgen der Krise und die Herrschaft der Bourgeoisie zusammenschließen. Zum anderen soll damit der Boden bereitet werden für die Forderung nach neuen Opfern, die von den angeblich „privilegierten" beschäftigten Arbeitern für die Arbeitslosen zu bringen wären.

Und genau nach diesen Opfern schreien jetzt die Revisionisten. Sie wollen den Arbeitern im Ernst einreden, daß sie durch Lohnverzicht und Hinnahme von Massenentlassungen die Arbeitslosigkeit beseitigen könnten. Diese Leute spielen sich jetzt demagogisch als Interessenvertreter der Erwerbslosen auf. Aber ihr reaktionärer Pakt hat auch die folgende Klausel: Die Arbeitslosen sollen künftig nur noch ein Jahr Unterstützung beziehen. Und danach? Dann, so antwortet Lama, sollen sich die Arbeitsämter aktiver um die Vermittlung bemühen.

Was könnte deutlicher machen, um was es bei diesem verräterischen Pakt der revisionistischen Bonzen mit den Kapitalisten wirklich geht? Um die Sanierung der kapitalistischen Profite auf Kosten aller Werktätigen!

Aber die italienische Arbeiterklasse, die über eine hohe Kampfbereitschaft verfügt, wird diesen reaktionären Pakt nicht hinnehmen. Selbst im unteren Funktionärskörper der Gewerkschaften gibt es starken Widerstand. So erklärten jetzt die Betriebsräte von Montefibre: „Diese Politik werden wir in den Betrieben nicht durchgehen lassen!" Und an der Basis entfalteten sich schon militante Aktionen. Während einer Urabstimmung im UNIDAL-Konzern wurden revisionistische Bonzen von den Arbeitern isoliert und für mehrere Stunden eingesperrt. In Neapel, so wird berichtet, wagt sich keiner der KPI-Gewerkschaftsführer mehr ohne Leibwache auf die Straße.

Über all diese Ereignisse in Italien kann man in den Zeitungen der DKP keine Zeile finden. Und das, obwohl die westdeutschen Revisionisten sonst keine Gelegenheit versäumt haben, mit dem Hinweis auf Italien den Werktätigen hierzulande vorzurechnen, welche Vorteile eine einflußreiche revisionistische Partei für sie hätte. Und die DKP schweigt mit gutem Grund! Zeigt doch die Entwicklung in Italien, daß die modernen Revisionisten durch und durch reaktionär sind. Daß sie den Angriffen der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern daß sie dort, wo sie die Möglichkeit haben, selbst die Speerspitze solcher Angriffe bilden.

USA
Plumpes Manöver mit den Menschenrechten

Washington machte sich wieder einmal Sorgen um die Menschenrechte. Aber diesmal richtete der Laienprediger Carter seine heuchlerischen Ermahnungen nicht an die Adresse Moskaus. Es ging vielmehr um den diesjährigen Bericht über die Lage der Menschenrechte in den Ländern, die Empfänger amerikanischer Militärhilfe sind. Und das Ergebnis? Mehr oder weniger offen mußte Washington in diesem Bericht zugeben, daß seine Freunde in der Welt, vom Iran bis Südkorea, von Israel bis zu den Philippinen, die Menschenrechte mit Füßen treten.

Seit dem letzten Jahr ist die Anfertigung eines solchen Berichtes gesetzlich vorgeschrieben. Er soll die Grundlage bilden für die jeweilige neue Bewilligung von Militärhilfe. Die Absicht dabei ist deutlich: Carter will der Welt weismachen, seine Regierung würde die Gewährung dieser Hilfe abhängig machen von moralischen Gesichtspunkten. Aber dieses Manöver ist allzu plump eingefädelt. Denn es ließ sich nicht verhindern, daß bekannt wurde, welche dieser reaktionären Terrorregime weiterhin auf der amerikanischen Empfängerliste stehen. Und das sind alle — ohne Ausnahme.

In einem Fall, bei den Philippinen, läßt der Bericht auch die Katze aus dem Sack. Da heißt es über die Militärhilfe an das faschistische Marcos-Regime: Hier müßten die amerikanischen „Sicherheitsinteressen höher bewertet werden als die Menschenrechtsverletzungen". Und was ist anderes damit gemeint als die Sicherheit der imperialistischen Raubinteressen der US-Monopole. Darum geht es und um nichts anderes.

Das widerwärtige Geschrei um die Menschenrechte, das in Washington angestimmt wird, kann doch eines nicht vertuschen: Ob es der Schah im Iran, Pinochet in Chile oder irgendein anderer Bluthund auf der Empfängerliste amerikanischer Militärhilfe ist; all diese faschistischen Henker sind gegen den erbitterten Widerstand der Völker vom US-Imperialismus selbst an die Macht gebracht worden. Und die Waffen, die Militärexperten und Kredite, die nach wie vor reichlich aus Washington fließen, dienen nur dem Ziel, die Terrorherrschaft in diesen Ländern und damit die amerikanische Kontrolle weiter aufrechtzuerhalten.

Der Staat verhöhnt die Arbeitslosen

Was es mit unserem „Sozialstaat" auf sich hat, wie die Arbeitslosen zur finanziellen Not auch noch Erniedrigungen hinnehmen müssen, das erlebten kürzlich zwei Arbeiterfamilien aus Nürnberg. Sie schlugen uns vor, ihre Berichte an den „Roten Morgen" zu schicken, da ihre Erfahrungen keine Einzelfälle, keine Ausrutscher sind. So wie ihnen kann es jedem Arbeitslosen gehen.

Herr Becker, er hat Frau und drei Kinder, war Anfang März '77 schon ein 3/4 Jahr arbeitslos. Er war bereit, jede Arbeit anzunehmen, damit er seine Familie ernähren kann. Da bietet ihm das Arbeitsamt eine Stelle als Hofarbeiter bei der Firma L. an. Er stellt sich bei der Firma vor. Der Personalchef fragt ihn über seine privaten Angelegenheiten aus und verhöhnt ihn: Wo er denn hineingeraten sei, weil seine Frau drei Kinder mit in die Ehe brachte. Wieviele Ehrenrunden er wohl in der Schule gedreht hätte und so weiter. Er bietet ihm schließlich 5,48 DM in der Stunde. Das dürften im Monat etwas mehr als 900 DM (brutto!) sein, und das für eine fünfköpfige Familie! Herr Becker lehnt die Arbeit ab.

Prompt wird ihm die Arbeitslosenhilfe für einen Monat gestrichen. Er legt Widerspruch gegen die Streichung ein und führt die Beleidigungen und die lächerliche Bezahlung an. Nun hat das Arbeitsamt es nicht mehr so eilig. Ein geschlagenes 3/4 Jahr dauert es (Herr Becker hat inzwischen wieder Arbeit), bis Herrn Becker die Nachricht von der Widerspruchsstelle des Arbeitsamts ins Haus flattert: „Der Widerspruch wird als unbegründet zurückgewiesen."

In der Begründung des Arbeitsamtes heißt es: „Die Feststellungen der Widerspruchsstelle ergaben folgendes: Eine Rückfrage beim Arbeitgeber ergab, daß dieser gegenüber dem Widersprechenden sinngemäß erwähnte, wie er denn mit seiner Familie von der zu zahlenden Arbeitslosenhilfe leben könne. Dies wurde im Zusammenhang damit erwähnt, daß es doch auf jeden Fall besser für den Arbeitslosen wäre, die gebotene Stelle anzunehmen. In bezug auf die zu verrichtende Tätigkeit als Hofarbeiter fiel die Äußerung, daß noch kein Meister vom Himmel gefallen sei. Eine Beleidigung gegen den Widersprechenden ist daraus keinesfalls erkennbar... Der Arbeitgeber bestätigte erneut, daß der Widersprechende keinesfalls unter einem Stundenlohn von 6,79 DM beschäftigt worden wäre. Die Angabe über den Stundenlohn von 5,48 DM sei völlig aus der Luft gegriffen..."

Also ein 3/4 Jahr brauchte das Arbeitsamt, um einen simplen Telefonanruf zu machen. Denn mit der „Auskunft" des Personalchefs war für die Widerspruchsstelle der Fall schon erledigt. „Wie die Feststellungen ergaben...fielen keine beleidigenden Äußerungen." Die Aussage eines Arbeiters ist für das Arbeitsamt keinen Pfennig wert. Aber wenn der Herr Personalchef lügt, dann ist das die Wahrheit! Denn das Arbeitsamt ist nicht, wie es die Herren Minister immer hinstellen, eine „soziale Einrichtung" für die Arbeiter, sondern eine Art Sklavenmarkt für die Kapitalisten.

Frau Bauer wird arbeitslos, als ihr Chef den Betrieb wegen Zahlungsunfähigkeit schließt. Den letzten Monatslohn zahlt er nicht mehr aus. Dieser Chef ist nun wirklich kein armer Teufel, der jetzt selber im Hemd dasteht, sondern er hat, neben anderem Besitz, noch einen anderen Betrieb.

Wie kommt nun Frau Bauer zu ihrem Geld, es geht immerhin um etwa 1.050 DM? Sie beauftragt einen Rechtsanwalt, der immerhin, nach einigem Hin und Her erreicht, daß das Geld über einen Gerichtsvollzieher eingetrieben werden soll. Der fährt auch hin zu dem Herrn ... und schickt dann der Frau Bauer folgenden Brief:

„Der Schuldner betreibt in B. eine Fettverwertung, d. h. er kauft altes, verbrauchtes Fett auf, reinigt es und verkauft es wieder, z. B. an Kraftfutterhersteller. Herr S. wohnt nicht in B.; Einrichtungsgegenstände sind nur die Maschinen vorhanden, welche z. T. wesentliche Bestandteile, z. T. Zubehör sind und daher nicht der Mobiliarvollstreckung unterliegen (§§ 93, 97 ff. BGB).

Pfändbar sind bei dem Schuldner in B. nur die Fertigprodukte. (...) Eine Pfändung von Fett ist möglich, jedoch nur sinnvoll und rentabel, wenn beide Tanks voll sind. Selbst dann bringt eine solche Pfändung gewisse technische Probleme und ein Kostenrisiko mit sich. Aus diesem Grunde bin ich gezwungen, einen Kostenvorschuß von 2.000 DM zu verlangen; nur wenn dieser Vorschuß bezahlt ist, nimmt der Gläubiger an einer „Fettpfändungsaktion" teil."

Man muß sich das einmal vorstellen: Um 1.000 DM, die ihre gehören, zu bekommen, soll eine Arbeitslose noch 2.000 DM Vorschuß zahlen und das Kostenrisiko tragen, während der Herr Unternehmer, der außerdem noch Grundstücke besitzt, weiter seine Geschäfte macht und ihm kein Härchen gekrümmt werden darf. So verhöhnen die Kapitalisten die Arbeiter: Jeder hat bei uns die gleichen Rechte, vorausgesetzt, er hat das nötige Pulver.

Fahrkarten im Berufsverkehr um über 10 Prozent verteuert

Wieder sind in der letzten Woche Preiserhöhungen angekündigt worden. In trauter Einmütigkeit wollen die Monopole und der kapitalistische Staat den Werktätigen noch tiefer in die Tasche greifen. Nach der Erhöhung der Benzinpreise, nach der Verdoppelung der Heizölsteuern für den privaten Verbrauch sollen jetzt die Verkehrstarife und die Strompreise weiter ansteigen.

Die Bundespost kündigt ab 1. März eine Erhöhung der Bustarife um zwei Prozent an. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die Post für das nächste Jahr mit einem Gewinn von 1,2 Milliarden Mark rechnet. Die Bundesbahn will ihre Tarife ebenfalls ab 1. März gleich um durchschnittlich 9,2 Prozent hochtreiben. Erst vor zehn Monaten hatte die Bahn 6,4 Prozent aufgeschlagen. Und wie immer, so sind auch dieses Mal die Arbeiter und kleinen Angestellten am stärksten betroffen. Denn die Bahn wird die Fahrkarten im Berufsverkehr bis 15 Kilometer am kräftigsten verteuern, um über zehn Prozent.

Für den 1. März hat auch die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) eine Preiserhöhung von 7,2 Prozent angekündigt. Die RWE ist der größte Stromerzeuger der Bundesrepublik. Es gilt als sicher, daß die anderen Gesellschaften bald nachziehen werden.

Die unverschämte Preistreiberei der Monopole und des Staates trifft in erster Linie die Werktätigen. Denn ob es um Strom oder um Verkehrstarife geht, die Teuerung trifft eben nicht, wie es die Bonner Propaganda stets behauptet, alle gleichermaßen. Die Kapitalisten bekommen für ihre Betriebe den Strom zum Sondertarif, die Bahn berechnet ihnen ebenso extrem niedrige Frachtraten wie die Post. Und das sind nur einige Beispiele dafür, wie ihnen der kapitalistische Staat Subventionen in den Rachen wirft. Subventionen, für die wir bezahlen müssen. Wenn man die bislang angekündigten, schon durchgesetzten und noch geplanten Preissteigerungen mit den Lohnraubabschlüssen — wie den von 4 Prozent bei Stahl — vergleicht, so kann man sich schon ausrechnen, daß auch in diesem Jahr die Werktätigen wieder empfindliche Einbußen ihres Realeinkommens erleiden werden.

Unfall im AKW Ohu

Jeden Tag neue Lügen



Das AKW Ohu im Sommer '77: Mit Stacheldraht gegen die Empörung der Bevölkerung geschützt.

Erst einmal erfuhr die Bevölkerung in der Umgebung von Landshut in Bayern eine Woche lang gar nichts. Dann erklärte ein Sprecher des Ministeriums, es habe im Kernkraftwerk Ohu einen Leitungsdefekt gegeben, bei dem radioaktiver Dampf entwichen sei. Aber das Reaktorgebäude sei menschenleer gewesen, und es sei auch kein Dampf nach außen entwichen. Einen Tag später mußte der Präsident des Bayrischen Landesamtes für Umweltschutz zugeben, daß doch Menschen im Reaktorraum waren: 13 Arbeiter, die sich direkt neben der defekten Leitung befanden. Und wiederum einen Tag später platzte auch die zweite Lüge: Es könne nicht geleugnet werden, daß radioaktive Stoffe in die Umwelt des Kernkraftwerks gelangt seien, gab der gleiche Umweltschutzpräsident da im Bayrischen Landtag zu.

Verständlich, daß die Unruhe unter der Bevölkerung groß ist. Denn zu offensichtlich ist, daß kein einziger der Verantwortlichen an die Sicherheit und den Schutz der Werktätigen dachte. Allen ging es nur darum, das Ausmaß des Schadens zu vertuschen. Aus gutem Grund. Denn immer offensichtlicher wird, wie unverfroren die Lüge der Herrschenden von der „sicheren und sauberen Energie" ist. Der Unfall in Ohu ist allein in Bayern bereits der zweite innerhalb von 13 Monaten. Damals war in Gundremmingen ein ähnlicher Leitungsdefekt passiert. Damals hatte man die probeweise Inbetriebnahme des neuen Atomkraftwerkes Ohu um einige Monate aufgeschoben: Um die Erfahrungen von Gundremmingen für Ohu auswerten zu können. Damit es ein bombensicheres Kraftwerk werde...

Fünf Tote bei Nato-Manöver



Unfälle dieser Art, oft mit tödlichem Ausgang, werden bei jedem Manöver in Kauf genommen.

Am 16. 2. ging in Rheinland-Pfalz das US-Manöver „Cardinal Point" zu Ende. Fünf Personen kamen bei dieser Militärübung um. Für Anfang März, vom 28. 2.-8. 3. '78 ist bereits das nächste größere NATO-Manöver in der Bundesrepublik angekündigt. In diesem Jahr ist praktisch keine Woche vergangen, in der nicht auf deutschem Boden der Krieg geprobt wird. Erst Ende Januar hatte an der Unterweser ein großangelegtes Manöver der Bundeswehr stattgefunden. Diese Manöver, die schon in Friedenszeiten blutige Opfer unter den Werktätigen fordern und das Land der Bauern verwüsten, zeigen das wahre menschenverachtende und kriegstreiberische Gesicht der Politiker in Bonn und Washington. Ihre Friedensbeteuerungen sind nichts als Lügen. Kampf dem Manöverterror! Nieder mit NATO und Warschauer Pakt!